

Jahresbericht

2009

Impressum

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)
Walter-Flex-Str. 3
53113 Bonn
Tel. (0228) 73-1810, 73-1891
E-mail: imaldona@uni-bonn.de, sekretariat.zeia@uni-bonn.de
Internet: www.zei.de

Bonn, April 2010

Inhalt

Vorwort	3
Forschung und Beratung	
Forschungsgruppen im Überblick	5
Wissenschaftliche Orientierung des ZEI	7
Forschungsgruppe I „Europäische Institutionen und politische Identität“	9
Forschungsgruppe II „Europäische Mikrostrukturen, Regulierung und Wettbewerbsrecht“	21
Forschungsgruppe III „Europäische Wirtschaftspolitik	30
Forschungsgruppe IV „Europas Rolle in der Welt“	31
Ausbildung	
Master of European Studies (MES)	39
Master of European Regulation of Network Industries (MERNI)	40
Lehre	41
ZEI Strukturen	43
Publikationen	45
Veranstaltungen	55
Vorträge und Konferenzteilnahmen	59
Mitarbeiter und Fellows	67

Vorwort

2009 endete für die Europäische Union eine fast zehnjährige, teilweise spannende, teilweise quälende Phase der Vertragsreform. Aus dem minimalistischen Mandat, das der Europäische Rat 2001 dem damals eingerichteten Konvent über die Zukunft der Europäischen Union erteilt hatte, entwickelte sich der Europäische Verfassungsvertrag. Nach dessen Scheitern im Zuge des Ratifikationsprozesses 2005 entstand der Vertrag von Lissabon, der unter dem Titel „Reformvertrag“ Ersatz für die gescheiterte erste europäische Verfassung wurde. Ende 2009 konnte der Vertrag von Lissabon in Kraft treten. Ein wirklich neuer Pakt zwischen europäischen Institutionen und europäischen Bürgern konnte bisher aber nicht geschlossen werden, wie die niedrige Beteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 erkennbar zeigte. Gleichwohl wurde die EU auch und gerade in der Weltwirtschafts- und Finanzkrise gefordert, sich Rechenschaft abzulegen über das bisher sichtbarste Band zwischen der EU als Institution und der Union der Bürgerinnen und Bürger: der Zukunft eines stabilen Euro.

Die Europäische Union sieht sich heute mehr denn je der Welt insgesamt ausgesetzt. Dies wurde auch sichtbar in dem Beitrittsantrag von Island, der 2009 gestellt wurde: Es geht bei der europäischen Einigung immer weniger um die innere Aussöhnung unter den Völkern und Staaten Europas, sondern immer stärker um die Behauptung Europas im Zeitalter der Globalisierung. Damit zusammenhängende Fragen haben nicht nur ökonomische und fiskalische Dimensionen. Sie berühren auch das Europarecht, die Wettbewerbspolitik der EU und die politischen Institutionen auf den verschiedenen Ebenen des europäischen Regierungssystems; zugleich haben sie geistes- und kulturwissenschaftliche Implikationen.

Im Kontext dieser wichtigen Entwicklungen bewegte sich auch im Berichtszeitraum die Tätigkeit des Zentrums für Europäische Integrationsforschung. Im Dreieck von Weiterbildung, Grundlagenforschung und öffentlicher Beratungstätigkeit erfüllt das ZEI seinen Auftrag, sich mit unbewältigten Fragen der europäischen Integration und der Rolle Europas in der Welt zu befassen. Die Nachfrage nach Expertise des ZEI überstieg erneut die Ressourcen und Kapazitäten des ZEI, das auch weiterhin den allgemeinen Sparmaßnahmen der Universität Bonn unterliegt. Der Drittmittelanteil an unserer Tätigkeit zeigt eine erfreuliche Tendenz des Wachstums. Weder darauf noch auf den zustimmenden Reaktionen zu den Veröffentlichungen und Forschungsleistungen des ZEI ruhen wir uns aus. Der Jahresbericht 2009 über die Tätigkeit des ZEI ist mithin nur Zwischenetappe auf dem Weg, den wir mit unseren Mitarbeitern und externen Partnern auch weiterhin erfolgreich gehen wollen.

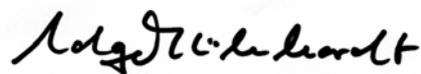
Bonn, April 2010



Prof. Dr. Jürgen von Hagen



Prof. Dr. Christian Koenig



Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Forschungsgruppen im Überblick

Die Forschungs- und Beratungstätigkeit am ZEI wird in Forschungsgruppen geleistet, die sich besonderen Schwerpunktthemen widmen. In diesen arbeiten Wissenschaftler („Fellows“) aus den verschiedenen Abteilungen des Zentrums, die sich mit gemeinsamen oder ähnlichen Fragestellungen befassen sowie Gastforscher und externe Partner. Auf diese Weise lebt multi- und interdisziplinäre Zusammenarbeit zu zentralen Fragen des europäischen Integrationsprozesses. Im Jahr 2009 arbeiteten am ZEI vier thematische Forschungsgruppen:

Forschungsgruppe I Europäische Institutionen und politische Identität

Die Arbeit dieser Forschungsgruppe konzentriert sich auf die Rolle und Entwicklung der Institutionen im Rahmen des Mehrebenensystems des Regierens in der Europäischen Union. Eine wichtige Rolle in der Arbeit der Forschungsgruppe spielen das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Projekt „Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“ sowie das Verbundforschungsprojekt „Die Gestaltung der Globalität“, das in Zusammenarbeit mit der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn vorbereitet wird. Eine weitere wichtige Rolle in der Arbeit dieser Forschungsgruppe spielt die Frage nach der Entwicklung der europäischen politischen Identität. Intensiv begleitet die Forschungsgruppe die Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei.

Forschungsgruppe II Europäische Mikrostrukturen, Regulierung und Wettbewerbsrecht

Die Arbeit dieser Forschungsgruppe umfasst die Regulierung von Netzwirtschaften (Energie, Telekommunikation, Eisenbahn), das öffentliche Wettbewerbsrecht, das Vergaberecht sowie die Regulierung europäischer Gesundheitsmärkte (europäisches Pharmarecht). Dabei stehen oft Reformvorhaben in den einzelnen Sektoren und komplexe rechtswissenschaftliche Regulierungsfragen im Zentrum der Forschung, die ein interdisziplinäres Verständnis für wirtschaftswissenschaftliche Nachbardisziplinen verlangen. Zwei Twinning-Projekte in Marokko und Polen zum öffentlichen Wettbewerbsrecht profitieren maßgeblich von der beratenden Unterstützung des ZEI. Es ist zudem ein stetes Bemühen der Projektmitarbeiter, den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu fördern.

Forschungsgruppe III

Europäische Wirtschaftspolitik

Die Arbeit dieser Forschungsgruppe befasst sich derzeit schwerpunktmäßig mit der ökonomischen Analyse des fiskalischen Föderalismus, die für den Aufbau eines zukünftigen föderalen Systems in Europa von großer Bedeutung ist. Der politökonomische Ansatz und die Beschäftigung mit der Frage nach der Gestaltung der Fiskalpolitik der Mitgliedsländer in der Währungsunion sind für die Arbeit der Forschungsgruppe ebenso erkenntnisleitend wie die Untersuchung der Umsetzung von EU-Richtlinien in den Mitgliedsstaaten. Ein zweiter Schwerpunkt dieser Forschungsgruppe betrifft die Analyse der komparativen Wettbewerbsvorteile und den Transfer von Wissen und Technologie in der Weltwirtschaft sowie die Rückwirkungen dieser Prozesse auf die EU.

Forschungsgruppe V

Europas Rolle in der Welt

Die Arbeit dieser Forschungsgruppe konzentriert sich auf die Entwicklung des globalen Profils der Europäischen Union im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei spielen zur Zeit die Fragen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und die Begleitung der Entwicklung der Union für das Mittelmeer eine gewichtige Rolle. In vergleichender Weise befasst sich diese Forschungsgruppe vor allem mit der weltweiten Verbreitung von regionalen Integrationssystemen. Dabei ist stets auch die Frage nach den europäischen Erfahrungen und den Grenzen ihrer Übertragbarkeit auf andere Weltregionen von Bedeutung. Die Arbeit dieser Forschungsgruppe dient auch der wissenschaftlichen Begleitung der „ZEI Academy in Comparative Regional Integration“.

Unterstützt wird die Forschungsarbeit des ZEI durch Vorträge, Diskussionsforen und Arbeitsgruppen. Regelmäßige eigene Publikationen des ZEI und Veröffentlichungen von ZEI Mitarbeitern in wissenschaftlichen Veröffentlichungen und breitenwirksamen Medien vermitteln laufende und abgeschlossene Forschungsarbeiten mit Anspruch auf Praxisrelevanz in ganz Europa und weit darüber hinaus.

Wissenschaftliche Orientierung des ZEI

Die Forschung des ZEI orientiert sich an folgenden Kriterien und steht in folgenden Zusammenhängen:

- a) Relevanz der Themenauswahl im Lichte des ZEI Auftrages, bisher unbewältigte Fragen der europäischen Integration wissenschaftlich und mit Praxisbezug zu bearbeiten.
- b) A priori vorgegeben sind die Kompetenzschwerpunkte der ZEI Direktoren, die von der Universität Bonn berufen worden sind ohne dabei einer kohärenten Gesamtstrategie hinsichtlich der Themenstellungen zu folgen.
- c) Der Mehrwert, den das ZEI in der europäischen Forschungslandschaft und im Kontext des europäischen think-tank-Marktes erzeugen kann und der der Reputationsmehrung des ZEI dient.
- d) Erträge und Wirkungen der Forschungsarbeit, wobei der Arbeitsauftrag des ZEI sich an Fragestellungen der europäischen Realität orientiert und dieser zuzuarbeiten verpflichtet ist. Dies schlägt sich in der Publikationsstruktur des ZEI und den Veröffentlichungsprofilen der ZEI Mitarbeiter wider, in der Beratungsarbeit und in der Attraktivität des ZEI für Nachwuchswissenschaftler und externe Partner.
- e) Drittmittelpotenziale, wobei diese über die klassischen universitären Interessenlagen aufgrund des Arbeitsauftrags des ZEI hinausgehen.

Forschungsgruppen

Forschungsgruppe I: „Europäische Institutionen und politische Identität“

Die Gestaltung der Globalität

1. Mit Hilfe mehrerer vorbereitender Gesprächsrunden (1. April, 11. Mai, 22. Juni 2009) initiierte die Forschungsgruppe unter Leitung von ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt ein Verbundforschungsprojekt, das in Zusammenarbeit mit der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn in den folgenden Jahren konkret vorbereitet und schrittweise realisiert werden soll. Zu den zentralen, bisher aber nicht in kooperativer Form behandelten Anfragen an die geistes- und kulturwissenschaftliche Forschung gehört eine systematische und die Perspektive aller EU-Mitgliedsländer einbeziehende Untersuchung der Verarbeitung der Globalisierung in Europa.

In verschiedenen Einzeldisziplinen, die in der Philosophischen Fakultät vereinigt sind, wird über Aspekte geforscht, die sich explizit oder implizit mit Phänomenen der Globalisierung beschäftigen und/oder einen europawissenschaftlichen Bezug haben. Dabei verhandeln die meisten Fachdisziplinen relevante Fragen separiert voneinander: Sie erschließen das Einmalige einer Thematik und Konstellation. Eher selten werden in den Geistes- und Kulturwissenschaften Themen mit europawissenschaftlichem Bezug gemeinschaftlich untersucht. Am ehesten werden in dem Dreieck von Politik-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften Fragen mit europawissenschaftlichem Bezug gemeinschaftlich bearbeitet. Dabei handelt es sich um wichtige Teilaspekte im Blick auf die Entwicklung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten. Ähnlich verhält es sich mit dem wissenschaftlichen Zugang zum Phänomen der Globalisierung. In beiden Themenfeldern aber ist die geistes- und kulturwissenschaftliche Verbundforschung unterentwickelt und ausbaufähig. Während die europawissenschaftlich interessierten Fächer über ihr Forschungsobjekt Europäische Union ein relativ klares Bild ihres Gegenstandes haben, herrscht über Definition und Reichweite der Globalisierung keineswegs wissenschaftlicher oder gesellschaftlicher Konsens.

Das Forschungsobjekt Europäische Union beziehungsweise das Forschungsfeld europäische Integration wird vorwiegend unter institutionenpolitischen Gesichtspunkten wissenschaftlich bearbeitet. Rechtliche, wirtschaftswissenschaftliche und politikwissenschaftliche Fragestellungen beziehen sich zudem auf die Politikfelder, die durch die europäische Integration berührt werden. Fragen nach der europäischen Identität greifen auch auf soziologische Kategorien zurück oder verbinden genuin europäische Themen mit den Methoden und Arbeitsfeldern einzelner Kulturwissenschaften. Globalisierung bezeichnet den Prozess einer wachsenden, durch technischen Fortschritt induzierten weltumspannenden Verflechtung, der anfangs vor allem in der massiven Zunahme gegenseitiger Verbindungen und Abhängigkeiten im Wirtschaftsleben wahrgenommen wurde. Aufgrund seiner globalen Dimension ist mit dem Prozess die Überwindung

nationalstaatlicher Grenzen und damit einer der Grundlagen der sogenannten „ersten Moderne“ verbunden. Durch die Infragestellung der Organisation in und Reglementierung durch staatliche Strukturen hat der Prozess der Globalisierung grundsätzliche und weitreichende politische und kulturelle Auswirkungen.

Im Rahmen des im Entstehen begriffenen Konzepts einer Verbundforschung wird davon ausgegangen, dass sich der Prozess der Globalisierung unterdessen zu einem Zustand der Globalität verdichtet hat. Damit ist Globalisierung inzwischen von einem prozesshaften Vorgang zu einem als Strukturelement der heutigen Zeit geworden, wobei eine Bestandsaufnahme der vielschichtigen Aspekte dieses Strukturelements und seiner Auswirkungen in geisteswissenschaftlicher Perspektive bisher fehlt. Eine systematische Aufarbeitung der Frage, wie die Gesellschaften der Europäischen Union die Globalisierung nicht nur reaktiv, sondern auch aktiv gestalten, bleibt eine zentrale Aufgabe der europäischen Selbstverortung im Zeitalter der Globalität. Von einer solchen wissenschaftlichen Selbstverortung können und sollen Impulse zu einem besseren Umgang mit diesem Phänomen ausgehen.

Als alle Lebensbereiche durchdringendes Phänomen ist die Globalität hinsichtlich ihrer umfassenden gesellschaftlich-kulturellen Auswirkungen nur in der ganzen Bandbreite ihrer sie konstituierenden Einzelaspekte angemessen zu erfassen. Zum Zwecke einer umfassend und systematisch angelegten europäischen Selbstverortung liegt es daher nahe, dass eine Reihe geisteswissenschaftlicher Disziplinen zu einer koordinierten Zusammenarbeit finden und mit den ihnen eigenen Methoden Beiträge zu einem Gesamtbild leisten. Hier setzt das Forschungsverbundprojekt der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn an, das das Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Zusammenarbeit mit verschiedenen Fachdisziplinen der Philosophischen Fakultät koordinieren möchte. Aus der Perspektive der einschlägigen Fachdisziplinen sollen in diesem Forschungsprojekt präzise definierte geisteswissenschaftliche Fragestellungen aufgearbeitet werden, die möglichst für den gesamten Raum der EU haltbare Ergebnisse liefern können. Diese wissenschaftliche Forschungsleistung soll gleichzeitig mit der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung gekoppelt werden.

Die Verbundforschung ist für einen Zeitraum von zweimal drei Jahren zwischen 2011 und 2017 konzipiert. Die Ergebnisse der Verbundforschung, die mit der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung kombiniert werden soll, sollen nachhaltige Beiträge zur geisteswissenschaftlichen Exzellenzprofilierung der Universität Bonn bilden.

2. Basierend auf den bisher im Verlauf des Jahres 2009 durchgeführten Arbeitskolloquien, ist im Oktober 2009 das ZEI Discussion Paper C 195 mit dem Titel „Die Gestaltung der Globalität. Neue Anfragen an die Geisteswissenschaften“ erschienen. Es fasst Beiträge von neun Professoren der Bonner Philosophischen Fakultät zusammen und wird von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und ZEI Fellow Prof. Tilman Mayer, Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, herausgegeben.

3. Der ZEI Beirat hat im Mai 2009 den Bonner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Tilman Mayer als ZEI Fellow für das akademische Jahr 2009/2010 berufen. Im

Rahmen seiner Forschungstätigkeit am ZEI konnte Professor Mayer seit Oktober 2009 das Verbundforschungsprojekt weiter voranbringen.

Die Europäische Union im Wandel der Zeit

1. Ludger Kühnhardt (Hrsg.), Crises in European Integration. Challenges and Responses, 1945-2005, Oxford/New York: Berghahn Books, 167 Seiten, 2009.

While the major trends in European integration have been well researched and constitute key elements of narratives about its value and purpose, the crises of integration and their effects have not yet attracted sufficient attention. This volume, with original contributions by leading German scholars, suggests that crises of integration should be seen as engines of progress throughout the history of European integration rather than as expressions of failure and regression, a widely held assumption. It therefore throws new light on the current crises in European integration and provides a fascinating panorama of how challenges and responses were guiding the process during its first five decades.

2. Prof. Dr. Sokou Tanaka von der Chuo Universität, Tokyo, verbrachte vom 05. bis 23. März 2009 einen Forschungsaufenthalt zum Thema „The current financial crisis in Europe and responses of European authorities“ am ZEI. Dieser Aufenthalt wurde in Kooperation mit dem Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie NRW gestaltet. Prof. Dr. Tanaka ist ein ausgewiesener Fachmann für Fragen der europäischen Wirtschaftsintegration und Präsident der „European Union Studies Association“ in Japan.

Summary of the research project: In addition to the research about the current financial crisis there is another fundamental question on what the EU was in the 21st century. In the 20th century the researcher regarded the EC/EU as a supranational institution which proposed and managed the economies of scale of the European enterprises in the western European region in order successfully to compete with the USA and partly Japan. The EC/EU was a community of the developed western European countries to say that they should go forward together and look at the future. Today, all are not so simple about the EU. The power of the member states, so the Councils, look much stronger in the financial crisis in sacrifice of the European Commission. Prof. Tanaka was very impressed by the days of Jacques Delors, the Commission President during 1985-95. And the membership of the Eastern European countries changed the scene of the EU. He was astonished to hear from Mr. Kraus, President of Czech Republic, that the Brussels system was similar to the Moscow system etc. The discussion with Prof. Kuehnhardt about this point was very useful to Prof. Tanaka. He says he is still thinking of the fundamental question above, reading the book of Prof. Kuehnhardt titled „The European Union - the Second Foundation“ in Japan.

3. Frank Decker und Jared Sonnicksen befassen sich im ZEI Discussion Paper C192/2009 „The Direct Election of the Commission President. A Presidential Approach to Democratizing the European Union“ mit dem Mitgestaltungsmangel der Bürger bei Beschlüssen der Europäischen Union. Zur Demokratie in Europa ist inzwischen vieles geschrieben worden. Die Frage nach der demokratischen Qualität der EU bleibt angesichts der Unsicherheit über die noch ausstehende Ratifizierung

vom Lissabonner Vertrag weiterhin äußerst relevant. Zurückführen lässt sich die europäische Malaise zum wesentlichen Grad auf den immer noch bestehenden Mangel an Mitgestaltungsmöglichkeiten seitens der Bürger und die fehlenden Mechanismen, welche europäische Entscheidungsträger gegenüber einer europäischen Wählerschaft verantwortbar machen könnten. Im Folgenden versuchen die beiden Bonner Politikwissenschaftler erneut zu prüfen, welches Regierungsmodell dem Regieren in der Europäischen Union am nächsten komme. Dabei möchten sie eine bisher weitgehend vernachlässigte Reformoption zur Verbesserung der Demokratie europäischen Regierens ins Spiel bringen: die Direktwahl des Kommissionspräsidenten.

Die EU-Vertragsreform

1. Bereits 2008 hatte sich am ZEI eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe gebildet, die 2008/09 den Vertrag von Lissabon einer eingehenden Analyse unterzogen hat. Die Tätigkeiten dieser Arbeitsgruppe finden im Rahmen des DFG-Projekts „Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“ statt. Zum Inkrafttreten des Vertrags zum 1. Dezember 2009 wurden die Kurzanalysen der Arbeitsgruppe in Paris in einem Arbeitspapier des Institut français des relations internationales (Note de l'Ifri) vorgelegt. Eine vertiefende Analyse und Bewertung des Vertrags wird Anfang 2010 im Rahmen der Schriften des ZEI im Nomos-Verlag erscheinen. Nähere Informationen siehe folgend unter „Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“

2. Zum 01. Dezember 2009 ist der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten. Er bildet damit die Grundlage für alles weitere europapolitische Handeln in der Zukunft. Im Rahmen des Forschungsprojekts hatte sich 2008 eine Arbeitsgruppe unter Leitung von ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti konstituiert und begonnen, eine interdisziplinäre Bewertung des neuen europäischen Primärrechts vorzunehmen. Diese Arbeit wurde 2009 fortgesetzt. Anlässlich eines abschließenden Treffens der Arbeitsgruppe am 16. September 2009 konnten für die umfängliche Kommentierung des Vertrags auch noch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni sowie die daraus notwendig gewordene Neufassung des deutschen Begleitgesetzes zum Vertrag berücksichtigt werden.

Bereits zum Inkrafttreten des Vertrags erschien ein Arbeitspapier des Ifri zum Vertrag mit Kurzfassungen der Analysen aus der Arbeitsgruppe: Claire Demesmay/Andreas Marchetti (Hrsg.): *Le Traité de Lisbonne en discussion: quels fondements pour l'Europe?*, Note de l'Ifri 60, Paris: Ifri, 141 Seiten, 2009. Darüber hinaus hat ZEI-Mitarbeiter Dr. Andreas Marchetti in weiteren Publikationen, den Medien und in Vorträgen Stellung zum neuen europäischen Primärrecht genommen.

3. Nach Abschluss der primärrechtlichen Reform der EU gilt es, den Rahmen des Vertrags von Lissabon mit zukunftsweisenden politischen Inhalten zu füllen, resümierten die Teilnehmer einer von ZEI und Ifri in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration abgehaltenen Tagung am 05. Oktober 2009 in Bonn, die neben der DFG auch durch die Europäische Kommission finanziell unterstützt wurde. Während der Tagung unter dem Titel „Die Europäische Union 2020: Entwicklungsperspektiven der Integration“, betonte Dr. Claire Demesmay,

DGAP, dass in der europäischen Politik ein Bedarf und ein Bewusstsein für mehr Pragmatismus gegeben sei, dem jedoch zur Zeit noch deutlich ein Mangel an Ideen gegenüberstehe. Bereits am Vorabend der Tagung hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, sich hierüber mit Dr. Jorgo Chatzimarkakis, MdEP, auszutauschen. Im Verlauf der Tagung wurde deutlich, dass derzeit zudem mehr Handlungsbereitschaft in Hinblick auf das auswärtige Handeln der EU denn die innere Politikgestaltung bestehe. Dies könne unter anderem damit begründet werden, dass es der EU weiterhin an einer gemeinsamen europäischen Identität fehle und so nicht selten nationale Sichtweisen europäische Prozesse dominierten. Dem damit verbundenen Kommunikationsdefizit europäischer Politik müsse die EU zukünftig wirkungsvoller entgegenwirken. Die Projektkoordinatoren, Dr. Louis-Marie Clouet, Ifri, und Dr. Andreas Marchetti, ZEI, resümierten, dass nur durch ein in der Gesellschaft präsenteres Europa mehr Bürgernähe und damit die erforderliche Akzeptanz geschaffen werden könne, die für ein „Europa der Projekte“ erforderlich sei. Wie solche Projekte aussehen können, die einer neuen idée formatrice der EU Gestalt geben könnten, wird eines der Hauptanliegen in der weiteren Projektarbeit sein.

4. In seiner Entscheidung zum Vertrag von Lissabon vom 30. Juni 2009 beanstandete das Bundesverfassungsgericht das deutsche Begleitgesetz zum Vertrag. Die Entscheidung forcierte eine Stärkung der Legislative – Bundestag *und* Bundesrat – im Rahmen europäischer Verfahren. Bereits am 05. Mai 2009 referierte Andreas Marchetti, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, im Rahmen eines Europa-Workshops des Landtags Nordrhein-Westfalen und der Regionalen Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn über den Vertrag von Lissabon und seine spezifischen Implikationen für die Landesebene. Der Vertrag war auch Thema weiterer Vorträge von Andreas Marchetti im Bereich der politischen Bildung sowie Gegenstand eines Aufsatzes im Jahrbuch Brasil-Europa der Konrad-Adenauer-Stiftung.

5. Die als Promotion an der Philosophischen Fakultät der Bonner Universität abgeschlossene Studie von Matthias Belafi „Die Kirchen und die Europäische Verfassung“ untersucht das Engagement der Kirchen im Zusammenhang mit der Entstehung der schlussendlich nicht ratifizierten Europäischen Verfassung (2002-2004). Zu den wichtigsten Anliegen der Kirchen gehörte einerseits die Betonung der Wertgrundlagen der Europäischen Union, entweder durch eine Bezugnahme auf die Prägekraft des Christentums für die europäische Entwicklung oder durch eine Erwähnung Gottes. Mit dieser Forderung konnten sich die Kirchen jedoch nicht durchsetzen. Stattdessen erwähnte die Verfassungspräambel das „kulturelle, religiöse und humanistische Erbe“ Europas. Vor diesem Hintergrund geht die Studie den Konsequenzen der möglichen Präambelformulierungen nach. Noch bedeutender war den Kirchen im seinerzeitigen Zusammenhang die Forderung nach einer klareren Regelung des kirchlichen Rechtsstatus in der EU-Verfassung. Der vom Verfassungskonvent beschlossene und von der Regierungskonferenz bestätigte Kirchenartikel sollte den Text der Amsterdamer Kirchenerklärung in den Verfassungstext übernehmen und damit die Union zur Achtung des national geregelten Staats-Kirchen-Verhältnisses verpflichten. Darüber hinaus wurde aber auch ein weiterer Absatz in den Artikel eingefügt, der den speziellen Beitrag der Kirchen in Europa anerkennt und einen regelmäßigen Dialog der EU-Institutionen mit den Kirchen konstituieren sollte. An diese Regelung anknüpfend untersucht die Studie von Matthias Belafi, die Möglichkeiten und Grenzen der Kirchen, über den

Dialog einen Beitrag zur Stärkung der Identität des politischen Europa zu leisten. Die Studie erscheint 2010 in den Schriften des ZEI (Baden-Baden: Nomos Verlag). Matthias Belafi ist unterdessen als Referent für Europäische Fragen im Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz tätig.

6. Mit der Verwirklichung von Zielen der Lissabon-Strategie befasst sich Meredith Tunick in dem ZEI-Discussion Paper C191/2009 „Promoting Innovation in the European Union- On the Development of Sound Competition and Industrial Policies“. Die für 2010 gesetzte Frist für das Ziel der Lissabon-Strategie, die EU zum wettbewerbsfähigsten, dynamischsten und wissensbasiertesten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, der fähig ist, dauerhaftes Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, nähert sich schnell. In dem heutigen globalen wirtschaftlichen Umfeld sind Politiker mehr denn je gefordert, Politiken zu entwerfen, die geeignet sind, für wirtschaftliches Wachstum zu sorgen und die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. Die Autorin regt in dem Zusammenhang ein neues Denken an und argumentiert für eine auf Innovationen beruhende politische Infrastruktur. Sie ruft europäische Politiker auf, ein adäquates, wettbewerbsfähiges Umfeld zu schaffen, in dem sich innovatives Handeln am Besten entfalten kann. Dabei nutzt sie relevante Werke von Schumpeter und Hayek, um ihre wirtschaftspolitische Argumentation zu untermauern.

Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen

1. Das bilaterale Forschungsprojekt „Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“ wird gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die französische Agence Nationale de la Recherche (ANR). Ausgangspunkt des Forschungsprojekts, das gemeinsam von ZEI und Ifri (Institut français des relations internationales, Paris) durchgeführt wird, bildet die teilweise andauernde Doppelkrise der Europäischen Union, die sich einerseits in einer Erweiterungskrise aufgrund zunehmender Erweiterungsmüdigkeit und andererseits einer Reformkrise aufgrund eines abnehmenden europapolitischen Konsenses manifestiert. Dem Projekt liegt die Annahme zugrunde, dass eine nachhaltige Überwindung dieser Doppelkrise nur auf Basis eines deutsch-französischen Ansatzes gewährleistet werden kann, da sich in der Vergangenheit die Zusammenarbeit beider Staaten häufig als notwendiger Motor für europapolitische Fortschritte erwiesen hat. Zur Entwicklung möglicher Handlungsoptionen wurden im Projekt in einer ersten Phase (Januar 2008 bis Juni 2009) die Rahmenbedingungen deutsch-französischen Handelns identifiziert. Hierzu wurden zum einen die jeweiligen nationalen Grunddispositionen, insbesondere auf Basis der öffentlichen Debatten, sowie zum anderen die durch die EU gegebenen Rahmenbedingungen analysiert. Das Projekt verfolgte in dieser ersten Hälfte somit zwei konkrete Teilziele:

- die Ermittlung der gegenwärtigen nationalen Grunddispositionen Deutschlands und Frankreichs vor dem Hintergrund der europäischen Doppelkrise vermittelt einer deutsch-französischen Strukturanalyse und
- die Identifikation und Interpretation der europapolitischen und -rechtlichen Grundlagen vermittelt einer eingehenden Analyse des Vertrags von Lissabon.

Anhand dieser beiden Teilziele sind die Geschäftsgrundlagen für deutsch-französisches Handeln auf europäischer Ebene identifiziert. Auf Basis der aus den beiden Analysen gewonnenen Erkenntnisse erfolgt in einer zweiten Phase (Juli 2009 bis Dezember 2010) des Projekts zunächst eine Zusammenführung der Ergebnisse

zur Identifikation überhaupt möglicher Spielräume für deutsch-französisches Handeln in der EU. Darauf aufbauend werden schließlich Entwicklungsszenarien europäischer Politik entworfen. Der Projektionszeitraum beschränkt sich dabei auf einen mittelfristigen Rahmen von zehn Jahren.

Am ZEI hat Dr. Andreas Marchetti die Koordination des Projekts übernommen, das auf französischer Seite federführend von Dr. Claire Demesmay (bis Februar 2009) und Dr. Louis-Marie Clouet (ab Februar 2009) betreut wird, der im Rahmen des Projektes vom 05. bis 31. Juli 2009 am ZEI tätig war. Frau Nele Wissmann, ebenfalls vom Institut français des relations internationales, Paris, setzte ihre Forschungen zu diesem Projekt vom 15. September bis zum 15. Oktober 2009 am ZEI fort. Seit dem 01. November 2009 ist Dr. Andreas Marchetti im Rahmen des Projekts an das Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa) am Ifri abgeordnet.

2. Ungeachtet ihrer häufig zugesprochenen Motorfunktion für die europäische Integration gehen die europapolitischen Vorstellungen der politisch Handelnden in Deutschland und Frankreich häufig auseinander. Die detaillierte Bestimmung, in welchen Bereichen Übereinstimmungen, Unterschiede oder gar offene Gegensätze bestehen, ist das Ziel der Beschäftigung mit den nationalen Grunddispositionen gegenüber der EU in Frankreich und Deutschland, an der sich im Rahmen des Forschungsprojekts „Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“ Wissenschaftler aus beiden Ländern beteiligen. Als Grundlage für die Analyse der einzelnen Politikbereiche haben Wissenschaftler des Ifri seit Sommer 2008 zahlreiche Interviews mit deutschen und französischen Entscheidungsträgern und Meinungsbildnern geführt. Nach der Präsentation der ersten Resultate im Dezember 2008 fand am 9. März 2009 am Ifri in Paris ein Treffen der in deutsch-französischen Autorengruppen arbeitenden Wissenschaftler statt, um ihre detaillierten Einzelanalysen zu finalisieren. Ein aus diesen Arbeiten hervorgehender Sammelband wird im ersten Halbjahr 2010 veröffentlicht.

3. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist zwar selbst Zyklen besserer und schlechterer Beziehungen ausgesetzt, doch stellten die Teilnehmer des 13. Europakolloquiums am 17. und 18. April 2009 ebenfalls fest, dass die zahllosen formellen und informellen Strukturen zwischen Deutschland und Frankreich ein stetes Funktionieren des deutsch-französischen Bilateralismus sicherstellen. Immerhin seien gerade die bilateralen Meinungsverschiedenheiten und Spannungen bis zu einem gewissen Grade für die beiderseitigen Beziehungen und ihre über sie hinaus reichende Rolle konstitutiv, da nur aufgrund dieser Spannungen Deutschland und Frankreich ihrer häufig nachgefragten Rolle als Kompromissvorbereiter auf europäischer Ebene nachkommen könnten. In Vorträgen von Dr. Claire Demesmay, DGAP, und ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti wurden Funktionsweisen und Wahrnehmungen des bilateralen Verhältnisses beleuchtet, ZEI Junior Fellow Daniela Vogt widmete sich in ihren Ausführungen dem „ultraperipheren“ Erbe Frankreichs, das, wie die Diskussionen belegten, in Deutschland gänzlich anders wahrgenommen wird als in Frankreich. ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, der die Tagung mit Unterstützung der Hanns Martin Schleyer-Stiftung im Münstertal ausrichtete, verlieh der Hoffnung Ausdruck, dass ungeachtet des festgestellten Mangels einer derzeitigen „formativen Idee“ für Europa weiterhin wichtige Impulse zur Gestaltung Europas von den deutsch-französischen Beziehungen ausgehen werden. Die

Beiträge der Tagung liegen als Dokumentation des 13. Europakolloquiums auch in publizierter Form vor.

4. Gerade aufgrund der häufigen Divergenz ihrer Interessen sind die deutsch-französisch-polnischen Beziehungen bedeutsam für die Zukunft der europäischen Integration: Wenn die drei für gemeinsame Ziele eintreten, haben sie besonderes Gewicht in der EU. Zu diesem Schluss kamen die Teilnehmer des interdisziplinären Workshops „Frankreich – Deutschland – Polen: Partnerschaft im Herzen Europas“, den das Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, das Büro für Hochschulkooperation der französischen Botschaft in NRW und Hessen und die Konrad-Adenauer-Stiftung am 15. Mai 2009 in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) durchführten. In drei Panels diskutierten Forscher aus den drei Ländern historische Hintergründe, gesellschaftliche Umbrüche und die aktuellen politischen Beziehungen der drei seit dem Beitritt Polens zur EU. ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti arbeitete im letzten Panel unter Vorsitz von Prof. Dr. Wolfram Hilz, Universität Bonn, heraus, dass die bilateralen Beziehungen in dem Dreieck Deutschland-Frankreich-Polen besonders im deutsch-polnischen Fall nicht nur häufig inhaltlich von Divergenzen geprägt seien, sondern auch strukturell weiterhin asymmetrisch seien, weshalb gerade hier Reibungsverluste entstünden, die es gelte, durch eine verstärkte Verflechtung abzubauen, die an die deutsch-französische Erfahrung angelehnt sein könne. Dabei stellte Dr. Martin Koopmann von der Stiftung Genshagen fest, dass die trilateralen Beziehungen bereits recht gut auf lokaler Ebene funktionierten und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich dies auch auf die höheren Ebenen auswirken könne.

Die Erweiterung der Europäischen Union

1. Die Aufgabe der Europäischen Kommission im Rahmen laufender Beitrittsverhandlungen besteht nicht nur in der technischen Leitung der Verhandlungsprozesse, sondern zunehmend auch in der Moderation zwischen bisweilen unterschiedlichen Erwartungen, Sichtweisen und Ansprüchen an die Erweiterungspolitik. Dies ist notwendig, um bei allen Unterschieden den europäischen Interessen und jenen der beitriftswilligen Partner gleichermaßen gerecht zu werden. Anlässlich eines Gesprächs mit ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und ZEI-Mitarbeiter Dr. Andreas Marchetti im Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) am 24. Juni 2009 würdigte EU-Kommissar Dr. Olli Rehn in diesem Kontext ausdrücklich die moderierende Funktion des seit Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei erscheinenden ZEI EU-Turkey-Monitor. Die Verstärkung eines wechselseitigen Bewusstseins und gegenseitigen Verständnisses in diesem und anderen Politikbereichen mit besonderer Außenwirkung sei von wachsender Bedeutung für eine erfolgreiche europäische Politikformulierung.

2. Mit der regelmäßigen Herausgabe des ZEI EU-Turkey-Monitor begleitet das ZEI aktiv die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei. Der Monitor erscheint dreimal jährlich und wird herausgegeben von ZEI-Mitarbeiter Dr. Andreas Marchetti und ZEI-Junior Fellow Volkan Altintaş (Akdeniz Universität, Antalya). Die Maiausgabe des ZEI EU-Turkey-Monitor widmet sich fortbestehenden Problemen auf dem türkischen Weg in die EU: langsames Reform- und Verhandlungstempo, Zypernfrage, mehrheitliche Ablehnung eines türkischen Beitritts seitens der Mehrheit

der EU-Bürger. Die Ausgabe August 2009 analysiert die Wahlen 2009 zum Europa-Parlament und die damit verbundenen Fragen zur EU-Erweiterung mit besonderem Blick auf die Rolle der Türkei. Die Dezemberausgabe 2009 widmet sich zuvorderst der Vertragsreform von Lissabon und ihren Implikationen für die weitere Politikgestaltung.

3. „Kann die türkische Armee noch Hüterin des Kemalismus sein?“ Diese Frage untersuchte Brigadegeneral a. D. Eckhard Lisec am 27. Januar 2009 vor einer großen Zuschauerzahl im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn. Gemeinsam mit der Deutsch-Türkischen Gesellschaft (DTG) und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) hatte das ZEI zu diesem Vortrag im Rahmen des ZEI-Europadialoges geladen. Brigadegeneral Lisec spannte in seinen Ausführungen einen Bogen von den Anfängen des Kemalismus und der türkischen Armee bis heute und konnte dabei auch auf seine persönlichen Erfahrungen als Deputy Chief of Staff Support im NATO-Korpsstab Istanbul zurückgreifen. In der anschließenden regen Diskussion standen insbesondere die Fragen im Mittelpunkt, wer in der heutigen Türkei die Macht im Staat verkörpere und welche Prognosen es für die Zukunft gebe.

4. Sie wollen keine deutschen Modelle vorlegen, sondern individuell Entscheidungshilfe leisten – die deutschen politischen Stiftungen in der Türkei. In seinem Vortrag am 19. November 2009 im Rahmen des ZEI-Europadialoges mit dem Thema „Die deutschen politischen Stiftungen in der Türkei. Aktivitäten und Akzeptanz – eine kritische Bilanz“, der gemeinsam mit der Deutsch-Türkischen Gesellschaft Bonn (DTG) durchgeführt wurde, gab Dr. Dr. Arndt Künnecke, Dozent an der Okan-Universität Istanbul und Berater sowie Producer des Istanbul ARD-Studios, einen Überblick über die vielfältige Arbeit der deutschen Stiftungen in ihren Auslandsbüros in der Türkei. Daneben verdeutlichte er an ausgewählten Beispielen, mit welchen Herausforderungen die tägliche Arbeit verbunden ist: die aus öffentlichen Mitteln finanzierten deutschen politischen Stiftungen, in Art und Aufbau einzigartig in der Welt, kooperieren mit unterschiedlichen staatlichen sowie nicht-staatlichen Partnern und stehen dabei immer unter der Beobachtung türkischer Behörden. Die anschließende Diskussion vertiefte diesen Gedanken; das grundsätzliche Image und die Möglichkeiten der Einflussnahme der Stiftungen wurden ebenfalls thematisiert.

Europäische Identität

1. Mit dem Beginn der „Östlichen Partnerschaft“ der EU entwickeln sich neue Chancen für eine stärkere Orientierung der Europastudien in Russland im Kontext der gesamteuropäischen Politikprozesse. Diese Einschätzung vermittelten leitende Mitarbeiter des Zentrums für Deutschland- und Europastudien an der Staatlichen Universität von St. Petersburg bei einem Gespräch im Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) am 06. Mai 2009. Die russischen Gäste informierten sich über die Struktur des ZEI, vor allem seiner Weiterbildungsstudien. Sie warben im Gespräch mit ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt für eine Stärkung der Zusammenarbeit und betonten das auch in Russland wachsende Interesse an der vergleichenden Untersuchung von regionalen Integrationssystemen.

2. Mit dem Dissertationsprojekt „Erwerbswanderungen in der erweiterten Europäischen Union am Beispiel der Arbeitsmigration aus Polen von ZEI Junior Fellow Dipl.-Geogr. Janusz Musial, wird ein seit den 1990er Jahren beobachtetes Phänomen der periodischen erwerbsorientierten Wanderung aus Polen nach Deutschland untersucht. Dabei wird die signifikante Erwerbswanderung aus dem Gebiet Opper Schlesiens im Südwesten Polens unter unterschiedlichen sozioökonomischen Gegebenheiten vor und nach dem Beitritt Polens in die Europäische Union analysiert. Ausgehend von der These, dass die gegenwärtigen Voraussetzungen für die Migration in den Quell-Gebieten (Push-Faktoren) und die Anziehungsimpulse (Pull-Faktoren) in den Zielgebieten für die Akteure der Wanderung in der nahen Zukunft bestehen bleiben, soll dargestellt werden, dass die ökonomisch motivierte Migration zu einem der Begleiterscheinungen des Kohäsionsprozesses zwischen den neuen und den alten Mitgliedsländern der EU werden wird. Drei wichtige Merkmale spielen dabei eine entscheidende Rolle: Die Divergenzen im Einkommensniveau in den Quell- und den Zielgebieten der Migranten mit einhergehender ökonomischer Attraktivität der Migration, welche durch die steigende Effizienz der Transportmöglichkeiten verstärkt wird, die Öffnung der Arbeitsmärkte in ausgewählten westlichen Mitgliedsstaaten der EU und die extreme Flexibilität und Mobilität der Akteure der Migration. Die aufgestellte These wird unter anderem durch Auswertung der eigenen Untersuchungen untermauert, die im Quellgebiet der Migration regelmäßig seit 2001 durchgeführt wurden, sowie den Vergleich mit den aktuellen Migrationsentwicklungen nach Großbritannien und Irland.

3. Mit den Herausforderungen der europäischen Migrationspolitik beschäftigt sich das im November 2009 erschienene ZEI Discussion Paper C 196 „Die Migrationspolitik der EU. Herausforderung zwischen nationaler Selbstbestimmung und europäischer Konvergenz“ von Ina Hommers. Migrationspolitik steht heutzutage im Spannungsverhältnis zwischen den historisch verwurzelten Kulturen der Nationalstaaten bei der Kontrolle des Zutritts zu ihrem Territorium und der aus der Gründung des europäischen Binnenmarktes erwachsenen Notwendigkeit, Wanderungsbewegungen auch auf europäischer Ebene zu regulieren. Dabei geht es oftmals um einen Kompromiss zwischen einem allgemeinen Sicherheitsbedürfnis und der vor dem Hintergrund alternder Gesellschaften in Europa nötigen Steuerung von Arbeitsmigration. Ina Hommers geht der Frage nach, welche politischen Ansätze sowohl die Nationalstaaten als auch die EU in Hinblick auf diese Problematik entwickelt haben. Als Basis ihrer Analyse dient eine umfassende Zusammenstellung der Migrationssituation in allen 27 Mitgliedsstaaten der EU.

4. Vom 23. bis 24. Februar 2009 hielt Prof. Dr. Ludger Kühnhardt an der Diplomatischen Akademie Wien ein Seminar über die Rolle Deutschlands in der Europäischen Union ab.

Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme

Die Gestaltung eines sich neu herausbildenden Föderalismus in Europa gehört ebenso zu den dringlichen Themen der aktuellen, wirtschaftspolitischen Diskussion wie die Reform des Föderalismus in der Bundesrepublik. Im Jahr 2003 richtete die Deutsche Forschungsgemeinschaft ein Schwerpunktprogramm „Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theoretische und empirische Aspekte“, das von Prof.

Dr. Jürgen von Hagen als Sprecher koordiniert und geleitet wurde. Der Forschungsschwerpunkt wurde Anfang 2007 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft evaluiert und für eine weitere Förderungsperiode verlängert.

Am ZEI wurden im Rahmen dieses Schwerpunktprogramms zwei Projekte bearbeitet. Junior Fellow Daniela Treutlein beschäftigte sich mit der Frage, wie weit die politische Integration in Europa fortgeschritten ist. Ziel ihres Projekts, das gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Thomas König, Speyer, konzipiert und durchgeführt wurde, war die Entwicklung eines empirischen Maßes für politische Integration in der EU. Dieses Maß stützte sich auf den Anteil nationaler Gesetzgebung, der in der Übertragung von EU Recht in nationales Recht besteht. Durch Betrachtung der Entwicklung dieses Maßes über die Zeit und den Vergleich unterschiedlicher Länder sollten Determinanten des Prozesses der politischen Integration empirisch erfasst werden.

Junior Fellow Michael Evers befasste sich in einem zweiten Projekt mit der Makroökonomik des Finanzausgleichs in einem föderalen System. Ziel seiner Arbeit war die Entwicklung eines dynamischen, makroökonomischen Modells einer Föderation und Währungsunion, mit dessen Hilfe die wohlfahrtsökonomischen Eigenschaften eines Finanzausgleichssystems analysiert werden können. Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen, wie eine optimale Gestaltung eines Finanzausgleichs zur makroökonomischen Stabilisierung erreicht werden kann.

ZEI Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen und Ralph Hepp, PhD, Fordham University in New York, erarbeiteten im Rahmen dieses Projekts eine empirische Studie über die Umverteilungs- und Versicherungswirkungen des Finanzausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland. Die Arbeit geht insbesondere auf die Folgen der Reform des Finanzausgleichs im Jahr 1995 ein, in der die ostdeutschen Bundesländer in den Finanzausgleich integriert wurden. Die Arbeit zeigt, dass der Finanzausgleich v. A. eine fast perfekte Versicherung der Länderhaushalte gegen asymmetrische Schocks darstellt. Besonders die westdeutschen Nehmerländer haben von der Einbeziehung der ostdeutschen Bundesländer profitiert.

Am 01./02. Oktober 2009 fand die Abschlusskonferenz des Projektes „Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theorie und Empirie“ in Heidelberg statt.

Haushaltspolitische Institutionen auf Gemeindeebene

In einem gemeinsamen Projekt mit der Universität Lille, das von der DFG und der französischen nationalen Wissenschaftsförderung finanziert wird, untersuchen ZEI Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen und Senior Fellow Prof. Dr. Etienne Farvacque die Entwicklung der haushaltspolitischen Institutionen auf Gemeindeebene in Deutschland, Frankreich und einigen anderen Ländern. Ziel der Arbeit ist es, die Effektivität unterschiedlicher Budgetregeln in den Ländern miteinander zu vergleichen. Auf diese Weise soll gezeigt werden, wie die lokale Ebene zum Ziel der Dauerhaften Tragfähigkeit der Öffentlichen Finanzen in der Europäischen Währungsunion beiträgt bzw. beitragen kann. Projektmitarbeiter am ZEI ist Dipl. Volkswirt Dirk Foremny.

Wirtschaftspolitischer Wettbewerb

In der wirtschaftspolitischen Debatte um die institutionelle Entwicklung der EU nimmt die Frage um des Verhältnisses der verschiedenen wirtschaftspolitischen Systeme in den Mitgliedsländern zueinander einen breiten Raum ein. Diese Debatte hat mehrere Facetten. Ein Teil der Diskussion konzentriert sich auf die Frage, inwieweit die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer im Wettbewerb zueinander stehen können oder harmonisiert und koordiniert werden müssen. Ein zweiter Teil der Diskussion betrachtet die Notwendigkeit eines fiskalischen Verbunds der Mitgliedstaaten der Währungsunion nach dem Muster des deutschen Finanzausgleichs zur Sicherung von Beschäftigungsstabilität in den einzelnen Mitgliedsländern. Ein dritter Teil befasst sich mit dem Problem des Steuerwettbewerbs in Europa. In einem vierten Teil schließlich geht es um die Entwicklung der lokalen Gebietskörperschaften in Europa und mit ihr Verhältnis zu den übergeordneten politischen Ebenen in der Union. Das ZEI führt seit 1997 ein breit angelegtes Forschungsprogramm durch, das Beiträge zu diesen Forschungsfragen leistet.

Die Diskussion um Wettbewerb versus Harmonisierung der wirtschaftspolitischen Ansätze und Systeme in der EU betrachtet die Frage, wie unterschiedliche Systeme z. B. der Arbeitsmarktregulierung in den Mitgliedstaaten nebeneinander bestehen können. Populäre Argumente behaupten, die europäische Integration führe zu Wettbewerb der Systeme ähnlich dem Marktwettbewerb zwischen den Anbietern eines Gutes. Die Analogie führt zu dem Schluss, dass sich das jeweils beste wirtschaftspolitische System bewährt.

Die einfache Analogie hält jedoch näherer Überprüfung nicht stand. Anders als auf Märkten für Güter- und Dienstleistungen gibt es im Wettbewerb der wirtschaftspolitischen Systeme keine klaren, wirtschaftlichen Anreizstrukturen und keine wohldefinierten Zu- und Austrittsrechte. Die Marktanalogie greift daher nicht. Dr. Martin Seidel, Senior Fellow des ZEI hat sich in mehreren Beiträgen mit dem Problem einer angemessenen Wettbewerbsordnung für den Systemwettbewerb auseinandergesetzt. Senior Fellow Klaus Büniger arbeitet ebenfalls über dieses Thema.

Forschungsgruppe II: „Europäische Mikrostrukturen, Regulierung und Wettbewerbsrecht“

Regulierung der Netzwirtschaften

Die Forschungsprojektgruppe „Regulierung der Netzwirtschaften“ untersucht im Schwerpunkt die auf Investitionsanreizen und Netzgestaltungspflichten basierende Netzregulierung im Spannungsfeld von staatlicher Infrastrukturverantwortung und Wettbewerbsförderung. Sie umfasst seit der Neustrukturierung im Jahr 2008 die Bereiche des Europäischen Telekommunikations-, des Eisenbahn- sowie des Energierechts.

1. Das Energiewirtschaftsrecht war auch im Jahr 2009 Gegenstand zahlreicher Änderungen. Diese betreffen einerseits den Netzsektor, haben aber auch gravierende Auswirkungen auf die übrigen Wertschöpfungsstufen und sind damit von gesamt(energie)wirtschaftlicher Bedeutung. Mit dem dritten Binnenmarktpaket wurden am 13. Juli 2009 zwei Richtlinien betreffend den Gas- und Strombinnenmarkt verabschiedet, die insbesondere im Bereich der Trennung von Netz und Vertrieb („Unbundling“) weitere Vorstöße beinhalten, indem beispielsweise das unter dem Gesichtspunkt der Eigentumsgarantie in Deutschland äußerst kontrovers diskutierte ownership unbundling (eigentumsrechtliche Entflechtung) für die Mitgliedstaaten umsetzungspflichtiges Recht wurde. Zudem werden durch die Neuregelungen erhebliche Hürden für Investitionen aus Drittländern geschaffen. Daneben enthält das genannte Paket drei Verordnungen, die den grenzüberschreitenden Stromhandel, den Zugang zu den Erdgasfernleitungen sowie die Errichtung einer Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) (neu) regeln. Dadurch soll das Entstehen eines Energiebinnenmarktes gefördert und weiter vorangetrieben werden. Dazu wurde ein Überblick von Dr. Kristina Schreiber unter dem Titel „Die Änderungen des Gemeinschaftsrechtsrahmens für den Energiesektor im Überblick: das dritte Legislativpaket“ in N&R 3/2009, S. 154-158 veröffentlicht.

2. Am 23. April 2009 wurde ein weiteres Regelungspaket verabschiedet, das den Umweltschutz und die nachhaltige Energienutzung regelt. Insbesondere erwähnenswert ist eine Richtlinie zur Neuregelung des Emissionshandels, die einen unmittelbaren Eintritt in ein System der Vollversteigerung von Emissionszertifikaten für die Energiewirtschaft ab dem 1. Januar 2013 vorsieht. Daneben ist auch der Rechtsrahmen für die Einspeisung erneuerbarer Energien sowie für die Abscheidung und geologische Speicherung von CO₂ („Carbon Capture and Storage“ – CCS) betroffen. Insbesondere diese Technologie ist in Deutschland Gegenstand kontroverser politischer Diskussionen, die durch die konträre Interessenlage von Wirtschaft und (anwohnender) Bevölkerung verschärft wird. Auf Unionsebene werden für die Erforschung dieser Technologie beachtliche Geldmittel zur Verfügung gestellt. Die Umsetzung dieser Richtlinie in deutsches Recht scheiterte im Sommer überraschend in letzter Sekunde und wird demnächst einen neuen Anlauf nehmen.

Die Neuregelung des Emissionshandels hat das Zentrum für Europäische Integrationsforschung im Rahmen eines Aufsatzes im Jahr 2009 auf seine Vereinbarkeit mit Grundrechten begutachtet. Daneben wurde untersucht, welche

regulatorischen Rahmenbedingungen erforderlich sind, um einem Versagen des Marktes für Verschmutzungsrechte vorzubeugen. Dazu wurden aus den regulierten Sektoren bekannte Regulierungsinstrumente auf ihre Eignung als flankierende Maßnahmen für den neu entstehenden Versteigerungsmarkt geprüft (Koenig, Christian/Ernst, Lukas/Hasenkamp, Christopher, „Gemeinschaftsrechtliche Rahmenbedingungen der Vollversteigerung von Emissionszertifikaten im Energiesektor“, RdE 3/2009, S. 73 ff.) .

Die praktischen Konsequenzen des Dritten Binnenmarktpakets für die Netzbetreiber im Binnenmarkt werden im Rahmen des Master of European Regulation of Network Industries (MERNI) zudem umfassend und kontinuierlich aufgearbeitet.

3. Im Bereich des Telekommunikationsrechts hat sich die Forschungsprojektgruppe vor allem die aktuellen Entwicklungen um die Förderung von Breitbandnetzen in den Blick genommen. In jüngster Zeit hat die Europäische Kommission deutlich gemacht, dass die Förderung von Breitbandvorhaben nur unter bestimmten engen Voraussetzungen zulässig sein sollte. Sie hat dazu am 17. September 2009 Leitlinien für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen auf die staatliche Förderung von Breitbandnetzen veröffentlicht. Diese waren Gegenstand eines in der EStALQ 4/2009 veröffentlichten Aufsatzes von Koenig/Fechtner. Die Autoren beurteilen neben den teilweise auch begrüßenswerten Ambitionen der Kommission die in der Kategorisierung zu Tage tretende Philosophie der Kommission kritisch. Die Forschungsprojektgruppe ging zudem intensiv der Frage nach, welche anreizerhöhenden Alternativen zur Beihilfenvergabe existieren und wie die Erfolgsaussichten der teilweise eigens entwickelten Ansätze zu bewerten sind.

4. Intensiv hat sich die Forschungsprojektgruppe zudem mit dem Begriff „Wettbewerb“ als regulierendes Verwaltungshandeln legitimierendes Leitbild auseinandergesetzt. Vor dem Hintergrund divergierender ökonomischer Wettbewerbskonzepte und wettbewerbs- und regulierungsrechtlicher Rezeption wurden exemplarisch anhand des Telekommunikationsrechts die Anforderungen an die Verwendung des Wettbewerbsbegriffs als Tatbestandsmerkmal untersucht. Dabei wurde herausgearbeitet, dass ein auf dem ökonomischen Konzept des „funktionsfähigen Wettbewerbs“ basierender, auslegungsbedürftiger Wettbewerbsbegriff eher als leitbildausfüllendes, wettbewerbspolitisches Regulierungsziel denn als tatbestandliche Interventionsschwelle dienen kann. Nach dem Ergebnis der Untersuchung wird den regulierungsverwaltungsrechtlichen Anforderungen an ein eingriffslegitimierendes Tatbestandsmerkmal einer konkreten Regulierungsermächtigungsnorm der im Bereich der Telekommunikationsregulierung zur Geltung gelangende, mit der Abwesenheit beträchtlicher Marktmacht deckungsgleiche Begriff des „wirksamen Wettbewerbs“ gerecht. Als Beitrag zum Themenheft des Deutschen Verwaltungsblattes zur Tagung der Deutschen Staatsrechtslehrer 2009 erschien dazu eine Abhandlung mit dem Titel „Herstellung von Wettbewerb als Verwaltungsaufgabe - Der Wettbewerbsbegriff als eingriffslegitimierendes Tatbestandsmerkmal der Regulierungsermächtigungsnorm“ (Koenig, DVBl 17/2009, S. 1082–1089).

5. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der Forschungsprojektgruppe war die Auseinandersetzung mit rechtlichen Fragestellungen rund um die durch die

Digitalisierung des Rundfunks frei werdenden Frequenzbereiche (sog. Digitale Dividende), insbesondere bezüglich ihrer Nutzung für die Internet-Breitbandanbindung des ländlichen Raumes und für den Mobilfunk. Untersucht wurden dazu u. a. die verfahrensrechtlichen Anforderungen (§55 Abs.9 S.1, §61 TKG) an Frequenzvergaben mit Blick auf die Ziele der Telekommunikationsregulierung. Kritisch von der Forschungsprojektgruppe begleitet wurde mit Blick auf Defizite bei Verfahrenswahl und –ausgestaltung sowie auf wahrscheinliche Zuteilungsergebnisse die Entscheidung der Präsidentenkammer der Bundesnetzagentur vom Herbst 2009, frei gewordene 800-MHz-Frequenzen im Wege einer Versteigerung zu vergeben. Zusammenfassend veröffentlicht wurden die Untersuchungsergebnisse in der Abhandlung „Die verfahrensrechtlichen Anforderungen an die Vergabe der Frequenzen aus der Digitalen Dividende“ von Prof. Dr. Christian Koenig und Christopher Hasenkamp, K&R 11/2009, S. 696–701.

Öffentliches Wettbewerbsrecht und Vergaberecht

1. In der Projektgruppe „Vergaberecht“ stellte die EU-vergaberechtliche Schwellenwertberechnung im Rahmen der öffentlichen Beschaffung von Waren und Dienstleistungen über Internetplattformen einen Forschungsschwerpunkt dar. Während die Berechnung des Wertes von Bauaufträgen eine fortschreitende Konkretisierung durch Rechtsprechung und Literatur erfahren hat, fehlt eine solche nahezu gänzlich bezüglich der Berechnungsmethoden für Liefer- und Dienstleistungsaufträge. Unter besonderer Berücksichtigung der immer bedeutender werdenden Beschaffung über Internetplattformen wurde daher die maßgebliche Norm des §3 VgV bezüglich der Abgrenzung unterschiedlicher Auftragsarten und der Vorgaben zu den anzuwendenden Berechnungsmethoden untersucht. Dieser Thematik widmet sich ein Beitrag von Prof. Dr. Christian Koenig und Dr. Kristina Schreiber in WuW 11/2009, S. 1118–1127.

2. Auch der Glücksspielsektor ist 2009 vermehrt in das Blickfeld der Forschungsprojektgruppe gerückt. Die Frage der Ausschreibungsbedürftigkeit der Verleihung von Ausschließlichkeitsrechten im deutschen Glücksspielsektor wurde unterstrichen durch die Schlussanträge des Generalanwaltes Bot in den Rechtssachen C-203/08 und C-258/08. Dieser schlägt vor, dass die Dienstleistungsfreiheit nach Art.56 AUEV dahin auszulegen sei, dass der Grundsatz der Gleichbehandlung und das aus ihm folgende Transparenzgebot auch im Bereich der Glücksspiele im Rahmen eines Systems der Zulassung eines einzigen Wirtschaftsteilnehmers gelten. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund entsprechender deutscher, beim Gerichtshof anhängiger Vorabentscheidungsverfahren wurden die Implikationen der Dienstleistungsfreiheit sowie die Nichtanwendbarkeit der sog. In-House-Rechtsprechung auf die Verleihung von Ausschließlichkeitsrechten zum Glücksspielbetrieb nach dem deutschen Glücksspielstaatsvertrag untersucht. Dazu ist als Ergebnis festzuhalten, dass die Dienstleistungsfreiheit eine Konzessionsvergabe im Wege eines transparenten, diskriminierungsfreien und wettbewerbsoffenen Ausschreibungsverfahrens gebietet und bis zur Rücknahme unionsrechtswidrig verliehener Altkonzessionen deutsche Behörden und Gerichte keine auf die fehlende Zulassung gestützten Sanktionen gegen nicht zugelassene Anbieter aus anderen Mitgliedstaaten erlassen dürfen.

Im Glücksspielsektor hat man sich in der Abteilung zudem auch intensiv durch die rechtswissenschaftliche Untersuchung zweier aktueller Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs beteiligt. Bei der ersten Entscheidung des Gerichtshofs handelt es sich um das Urteil in der Rechtssache C-169/07 vom 10. März 2009 (Hartlauer Handelsgesellschaft mbh/Wiener Landesregierung u.a.). Die Entscheidung betraf eine österreichische Regelung über Zulassungsvoraussetzungen für selbständige Ambulatorien für Zahnheilkunde und deren Vereinbarkeit mit der Niederlassungsfreiheit von Gesellschaften. Die Relevanz der Entscheidung für den Glücksspielbereich ergab sich daraus, dass sich der Gerichtshof im Rahmen seiner Rechtfertigungsprüfung eingehend mit dem Gebot einer kohärenten und systematischen Schutzzielverfolgung durch nationale Beschränkungsmaßnahmen beschäftigte. Nach diesem Kohärenzgebot ist eine nationale Regelung nur dann geeignet, die Verwirklichung des geltend gemachten Schutzziels zu gewährleisten, wenn sie tatsächlich dem Anliegen gerecht wird, es in kohärenter und systematischer Weise zu erreichen (Rn. 55 der Entscheidung). In Teilen des Schrifttums und in einer Reihe (verwaltungs-)gerichtlicher Entscheidungen wurde bezweifelt, dass das mit den Beschränkungen des GlüStV in Deutschland vorgeblich verfolgte Ziel der Verhinderung und Bekämpfung von Glücksspielsucht – der Rechtsprechung des Gerichtshofs entsprechend – tatsächlich in kohärenter und systematischer Weise verfolgt wird. Denn dem Ausschluss gewerblicher Anbieter von Lotterien und Sportwetten durch die Vorschriften des GlüStV steht eine Zulassung solcher Anbieter im Bereich von Glücksspielen gegenüber, die mit zum Teil deutlich größeren Suchtgefahren als Lotterien und Sportwetten verbunden sind.

Vor diesem Hintergrund wurde untersucht, welche Bedeutung und Reichweite der Gerichtshof dem Kohärenzgebot in seiner *Hartlauer*-Entscheidung unter Berücksichtigung des mitgliedstaatlichen Ermessens- und Gestaltungsspielraums bei der Bestimmung des von dem jeweiligen Mitgliedstaat angestrebten Schutzniveaus zumaß und welche Konsequenzen sich hieraus für die Rechtfertigung des Ausschlusses gewerblicher Anbieter von Lotterien und Sportwetten vom deutschen Glücksspielmarkt ergeben. Dabei wurde die mitgliedstaatliche Untersuchungslast im Hinblick auf das Vorliegen von Gefährdungszusammenhängen als Voraussetzung einer kohärenten Schutzzielverfolgung und Schutzniveaubestimmung betont und auf die diesbezüglichen Feststellungen des von den Bundesländern eingesetzten Fachbeirates Spielsucht Bezug genommen. Unter Zugrundelegung des durch den Gerichtshof in seiner *Hartlauer*-Entscheidung zugrunde gelegten strengen Prüfungsmaßstabs und den Feststellungen zur mitgliedstaatlichen Darlegungs- und Untersuchungslast wurde untersucht, ob die Beschränkungen des GlüStV dem Gebot einer kohärenten Schutzzielverfolgung entsprechen. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden veröffentlicht.

3. Im Zusammenhang mit der vorgenannten Untersuchung ist auf einen Vortrag von Prof. Dr. Christian Koenig zum Thema „Gemeinschaftsrechtliche Kohärenzanforderungen an Staatsmonopole und die staatliche Regulierung des Glücksspielmarktes“ zu verweisen, den dieser am 15. Juni 2009 auf der Tagung der Europäischen Rechtsakademie in Prag gehalten hat. Gegenstand des Vortrags waren insbesondere die Ergebnisse aus der Analyse der *Hartlauer*-Entscheidung unter Berücksichtigung der ebenfalls für den Gesundheitsbereich ergangenen Entscheidung des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-171/07 und C-172/07 vom 19. Mai 2009 (Apothekerkammer des Saarlandes).

4. Im Rahmen einer weiteren Veröffentlichung hat sich das ZEI mit der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 8. September 2009 in der Rs. C-42/07 (*Liga Portuguesa*) befasst. Gegenstand der Entscheidung war die Frage der Vereinbarkeit der Ausweitung eines einer einzigen Einrichtung übertragenen Rechts zur Veranstaltung und Vermittlung von Lotterien und Wetten in Portugal auf alle elektronischen Kommunikationsmittel mit dem Gemeinschaftsrecht, insbesondere der Dienstleistungsfreiheit. Die rechtswissenschaftliche Untersuchung dieser Entscheidung war von besonderem Interesse, weil das Verfahren gewisse Parallelen zur Rechtslage in Deutschland unter Geltung des GlüStV aufwies und sich deshalb die Frage stellte, ob und in welchem Umfang sich der Entscheidung Anhaltspunkte für die Gemeinschaftsrechtskonformität der deutschen Rechtslage entnehmen lassen würden. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere der Frage der Bindungswirkung von Vorabentscheidungsurteilen des Gerichtshofs nachgegangen. Im Rahmen der Analyse der Entscheidung wurde aufgezeigt, dass der Gerichtshof – in Anknüpfung an seine *Hartlauer*-Entscheidung – das Erfordernis und die Prüfung einer kohärenten Schutzzielverfolgung fortschrieb. Unter Berücksichtigung der Feststellungen zur Bindungswirkung von Vorabentscheidungsurteilen und der Kohärenzprüfung des Gerichtshofs in der Entscheidung *Liga Portuguesa* wurde untersucht, welche Bedeutung der Entscheidung für die deutsche Rechtslage zukommt.

5. Auch im Bereich des EG-Beihilfenrechts war die Forschungsprojektgruppe im Jahr 2009 sehr aktiv. Neben zahlreichen wettbewerbsrechtlichen Veröffentlichungen in juristischen Fachzeitschriften lag ein Tätigkeitsschwerpunkt im Bereich des EG-Beihilfenrechts auf der grundlegenden Überarbeitung des im Beck Verlag erscheinenden Kommentars von Streinz (Hrsg.). Hierzu hat die Forschungsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl von Prof. Kühling aus Regensburg die Kommentierung der beihilfenrechtlichen Normen übernommen und dabei insbesondere die Neuerungen des Vertrags von Lissabon und die Impulse des More Economic Approach der Kommission berücksichtigt. Die Neuauflage ist für die erste Jahreshälfte 2010 annonciert.

6. Wie auch in der Forschungsprojektgruppe „Regulierung der Netzwirtschaften“ befasste man sich auch in der Abteilung „Beihilfenrecht“ intensiv mit den jüngsten Entwicklungen im Bereich der Breitbandförderung. Ein weiterer Fokus der Forschungsprojektgruppe lag Ende des Jahres auf der Überarbeitung des Lehrbuchs „Europarecht“ in Zusammenarbeit mit Prof. Pechstein und Prof. Haratsch. Das Buch erscheint in der nunmehr 7. Auflage im Verlag Mohr Siebeck. Die Veröffentlichung ist für die erste Jahreshälfte 2010 vorgesehen.

7. Beschäftigt hat sich die Forschungsprojektgruppe zudem auch mit der Weite des Beurteilungsspielraums der Kommission bei komplexen wirtschaftlichen Fragestellungen, welchen diese in ihrer Entscheidungspraxis bei der Anwendung des sog. Private Investor Test in Anspruch nimmt. Exemplarisch untersucht wurde dazu die Entscheidung des Gerichts erster Instanz bezüglich der Beurteilung von Umstrukturierungsbeihilfen durch die Kommission in der Rs.T-301/01 (*Alitalia gegen Kommission*) in einer Anmerkung von Prof. Dr. Christian Koenig und Christopher Hasenkamp in EstAL 1/2009, S. 99–104.

8. Überdies war die Abteilung auch im Jahr 2009 im Bereich von Twinning-Projekten aktiv. Nun schon seit dem 1. Oktober 2007 führt das Bundeswirtschaftsministerium mit zentraler Unterstützung des ZEI unter der Leitung von Prof. Dr. Christian Koenig und der Koordinierung der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) ein Twinning-Projekt zur Hilfe beim Aufbau von Wettbewerbsstrukturen in Marokko durch.

Das Twinning-Projekt dient der Unterstützung Marokkos bei der Umsetzung des im März 2000 in Kraft getretenen Assoziierungsabkommens und des darauf seit Juli 2005 aufbauenden Aktionsplans zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Marokko im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Der Aktionsplan sieht den Aufbau einer funktionstüchtigen Wettbewerbsaufsicht vor. Um die Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz der marokkanischen Wirtschaft zu stärken, unterstützt das Twinning-Projekt den marokkanischen Gesetzgeber bei Gesetzesvorhaben und hilft der marokkanischen Regierung bei der Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Verwaltungseinheiten im Bereich des Kartellrechts in Marokko. Darüber hinaus fördert das Projekt den Aufbau einer funktionstüchtigen Wettbewerbsaufsicht, indem es unter anderem Schulungsmaßnahmen für Kartellbeamte und Richter im Bereich des Wettbewerbsrechts, der Wettbewerbspolitik und zu organisationsrechtlichen Fragen vorsieht. Schließlich trägt es dazu bei, dass die Notwendigkeit eines funktionierenden Kartellrechts in Marokko deutlicher wahrgenommen wird.

Der ZEI Mitarbeiter und Senior Fellow Georg Kristian Kampfer arbeitet im Rahmen des Twinning-Projekts vor Ort im marokkanischen Wirtschaftsministerium in Rabat insbesondere an der Errichtung eines Forschungs- und Fortbildungsinstituts. Das Institut soll nach Beendigung des Twinning-Projekts (voraussichtlich 31. März 2010) die begonnenen Schulungsmaßnahmen fortführen, die im Wirtschaftsministerium angesiedelte Direktion „Wettbewerb und Preiskontrolle“ bei der Erstellung von Studien unterstützen, auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts forschen und den Wettbewerbsgedanken auch künftig in der Öffentlichkeit und innerhalb der Verwaltung verbreiten. Hierzu hat Herr Kampfer bereits in zwei umfangreichen Gutachten den Projektträgern mögliche Ziele und die geplante Struktur des künftigen Forschungs- und Fortbildungsinstituts sowie einen konkreten Projektantrag nebst einem ersten Finanzierungsvorschlag angetragen. Die konkrete Umsetzung des aller Wahrscheinlichkeit nach finanziell abgesicherten Zentrums steht nunmehr unmittelbar bevor. Das Institut orientiert sich unter anderem in seiner Struktur am Zentrum für Europäische Integrationsforschung, weshalb das ZEI künftig als idealer Partner in Betracht kommen könnte. Um das geplante Zentrum zu unterstützen steht Herr Kampfer im steten Kontakt mit Vertretern der Weltbank, der Europäischen Kommission, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und den politischen Stiftungen in Marokko.

Regulierung Europäischer Gesundheitsmärkte / Europäisches Pharmarecht

Im Mittelpunkt der Arbeit der Forschungsprojektgruppe „Regulierung Europäischer Gesundheitsmärkte / Europäisches Pharmarecht“ standen im Jahr 2009 aktuelle Fragen des Einflusses des Verfassungsrechts, der EU-Grundfreiheiten, des

Wettbewerbs- und Kartellrechts sowie des Vergaberechts auf die verschiedenen Märkte für Gesundheitsleistungen (vertragsärztliche Leistungen / Hilfsmittel / Arzneimittel etc.).

1. Die Rolle der EU-Grundfreiheiten analysierte die Forschungsprojektgruppe im Hinblick auf die Erbringung von Leistungen für in Deutschland gesetzlich Krankenversicherte. Ein Schwerpunkt der Forschungsarbeit lag auf der beschränkungsfreien Marktteilnahme und dem Einfluss des EU-Rechts auf die Ausgestaltung der Marktteilnahme von Leistungserbringern aus anderen Mitgliedstaaten am deutschen Sachleistungssystem. Nachdem der durch die Grundfreiheiten gebotene Marktzutritt für in anderen Mitgliedstaaten ansässige Leistungserbringer (z.B. Apotheken und Hilfsmittelhersteller) bereits seit mehreren Jahren Diskussionsgegenstand ist, widmete sich die Forschungsprojektgruppe im Jahr 2009 insbesondere der Analyse der Bedeutung der Grundfreiheiten für die nachgelagerte Ausgestaltung der Marktteilnahme. Weiter verfolgt wurde zudem die unionsrechtliche Zulässigkeit des deutschen Fremd- und Mehrbesitzverbots an öffentlichen Apotheken. Dieses Fremd- und Mehrbesitzverbot verwehrt insbesondere Kapitalgesellschaften den Zugang zum deutschen Apothekenmarkt. Im Mai 2009 hat der EuGH entschieden, dass die EU-Grundfreiheiten durch dieses Verbot nicht verletzt werden.

2. Im Bereich des EU-Wettbewerbsrechts hat die Forschungsgruppe angesichts der in diesem Jahr von der EU-Kommission veröffentlichten Sektorenuntersuchung die wettbewerbsrechtlichen Brennpunkte der Arzneimittelmärkte untersucht. Im Fokus stand insbesondere die Analyse der Missbräuchlichkeit bzw. Kartellrechtswidrigkeit von Parallelimportverboten, Patentanmeldungsstrategien, Patentrechtsstreitigkeiten sowie Arzneimittelrabattverträgen.

3. Intensiv hat sich die Forschungsprojektgruppe weiterhin mit der Anwendbarkeit des europäischen Vergaberechts auf Leistungen im Gesundheitswesen, insbesondere auf Leistungen nach dem vierten Kapitel des SGB V, auseinandergesetzt. Die Gesundheitsreformen der jüngeren Vergangenheit haben den Anwendungsbereich des europäischen Vergaberechts im Gesundheitswesen erweitert. Die Forschungsprojektgruppe hat sich im Wege von Publikationen und Beratungen aktiv an der Beseitigung der im Hinblick auf die Anwendbarkeit des europäischen Vergaberechts bestehenden Unklarheiten beteiligt. Die Erwerbsmöglichkeit von Hilfsmitteln (z.B. Rollstühle, Krankenbetten) über Internetplattformen wurde aus EU-vergaberechtlicher Sicht analysiert und der bislang kaum geklärten Frage der Schwellenwertberechnung für den Bereich der öffentlichen Beschaffung von Waren vertieft nachgegangen.

4. Aus verfassungsrechtlicher Sicht wurden verschiedene Gesetzesänderungen analysiert. Im Mittelpunkt stand die Vereinbarkeit des in der Politik diskutierten Versandhandelsverbots für verschreibungspflichtige Arzneimittel sowie die Neuregelung zulässiger Zusammenarbeit von Vertragsärzten und Leistungserbringern.

5. Überdies beschäftigte sich die Forschungsgruppe mit der Reform der institutionellen Ausgestaltung des deutschen Gesundheitswesens. Derzeit überantwortet der Gesetzgeber eine Vielzahl marktordnender Aufgaben den

Krankenkassen (z.B. die Festsetzung der Arzneimittelhöchstpreise), die indes selbst als Nachfrager auftreten und insofern bereits vom Gesetzgeber mit erheblicher Nachfragemacht ausgestattet sind. Diese Ausrichtung konnte in den letzten Jahren nicht zu der gewünschten Kostendämpfung führen; vielmehr steigen beispielsweise die Arzneimittelpreise stetig an. Die Notwendigkeit einer Umstrukturierung des Regulierungsregimes der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland in materieller wie institutioneller Hinsicht ist wohl unbestritten – auch politisch in Folge der Verankerung im Koalitionsvertrag. Umstritten jedoch ist das „optimale Design“ der neuen GKV-Landschaft. Die Forschungsprojektgruppe hat ein Modell in die Diskussion eingebracht, welches radikal – verwendet in seiner ursprünglichen Wortbedeutung – Selektivvertragswettbewerb durch ein institutionelles Korsett stützt und so über die Aktivierung funktionsfähiger Marktkräfte eine qualitative wie quantitative Ergebnisoptimierung herbeizuführen fähig ist. Wettbewerbliche Versorgungsausfälle sind durch eine staatliche Universaldiensteregulierung aufzufangen und nicht der Regelung seitens der – marktmächtigen – Nachfrageseite selbst zu überantworten.

6. Der in der Forschungsprojektgruppe verankerte Studienkreis „Regulierung Europäischer Gesundheitsmärkte“ veranstaltete am 29. Juni 2009 in Königswinter/Petersberg eine Konferenz mit dem Thema „Die Regulierung des Wettbewerbs auf den Märkten der gesetzlichen Krankenversicherung mit einem besonderen Blick auf den Arzneimittelmarkt – von der Herstellung bis zur Distribution“. Vertreter aus den zuständigen Behörden, der gesetzlichen Krankenkassen, der Leistungserbringer, der Industrie und der Wissenschaft diskutierten unter der Organisation von Daniela Klahn (Senior Fellow am ZEI und Geschäftsführerin der HNC HealthNetConsult GmbH, Bonn) und der Moderation durch Dr. Albrecht Klopfer (Büro für gesundheitspolitische Kommunikation, Berlin). Die Veranstaltung verschaffte dem Fachpublikum in verständlicher Weise einen Einblick in das komplexe GKV-System, inklusive seiner ökonomischen und juristischen Zusammenhänge. Im Begrüßungspanel trafen sich Prof. Dr. Christian Koenig, Prof. Dr. Matthias Herdegen (Universität Bonn), Dr. Albrecht Klopfer und Daniela Klahn. In seinem Eröffnungsvortrag „Wettbewerbskontrolle auf den Märkten der gesetzlichen Krankenversicherung“ betonte Dr. Bernhard Heitzer (Bundeskartellamt, Bonn) mit Blick auf die AOK, dass es eine Konkurrenz unter den gesetzlichen Krankenversicherungen geben müsse und mehr Wettbewerb von Nöten sei. Im Anschluss traf sich das erste Fachpanel „Die Arzneimittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung“ unter Beteiligung von Dr. Gabriele Herlemann (Bundeskartellamt, Bonn), Prof. Dr. Barbara Sickmüller (BPI, Frankfurt), Peter Schmidt (Pro Generika e.V., Berlin), Dr. Christopher Herrmann (AOK Baden-Württemberg, Stuttgart) und Prof. Koenig. Im zweiten Fachpanel trafen sich unter dem Thema „Apothekenmarkt im Umbruch“ Dr. Alexander Natz (BPI, Brüssel), Prof. Dr. Gerd Glaeske (Universität Bremen) Prof. Dr. Jürgen Wasem (Universität Duisburg-Essen), Dr. med. Klaus Bittmann (NAV Virchow-Bund, Ärztenossenschaft Schleswig-Holstein), Friedemann Schmidt (ABDA, Berlin), Dr. Thomas Kerckhoff (AVIE Apotheken, Saarland), Armin Schimsheimer (BKK Landesverband Rheinlandpfalz und Saarland, Mainz), Dr. Armin Jungbluth (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) und Ulrich Dietz (Bundesministerium für Gesundheit).

Regionale Entwicklung in den Beitrittsländern der EU

Senior Fellow Dr. Iulia Traistaru leitete ein Forschungsprojekt über das Wachstumsverhalten und die Determinanten des Wirtschaftswachstums in den Regionen Europas. Das Projekt wurde von der Europäischen Kommission im Rahmen ihres 6. Rahmenprogramms finanziert. Beteiligt waren neben dem ZEI Universitäten aus verschiedenen Europäischen Ländern sowie aus China.

Das Forschungsprojekt untersuchte die wesentlichen Determinanten der jüngsten Wachstumserfolge in dynamischen Regionen (China, Indien, Südost-Asien, Brasilien, Russland, Zentraleuropa). Der Schwerpunkt lag auf der Analyse der wechselnden komparativen Wettbewerbsvorteile und des Transfers von Wissen bzw. modernen Technologien in einer wissensbasierten Weltwirtschaft. Ziel des Projektes ist, Implikationen für geeignete, wachstumsfördernde Politikmaßnahmen abzuleiten, die in der EU umgesetzt werden können. Dabei werden insbesondere die folgenden Faktoren berücksichtigt: a) die Bedeutung von Wissen und Innovation für das ökonomische Wachstum auf der Länder- Regionen- und Firmenebene; b) die Implikationen von wechselnden komparativen Wettbewerbsvorteilen für die weltweite Einkommensverteilung, Einkommenskonvergenz und Wettbewerbsfähigkeit; c) der Einfluss von öffentlichen Politikmaßnahmen auf Innovation und Wachstum und die sich daraus ergebenden Optionen für eine erfolgreiche Wachstumspolitik der EU. Das Forschungsprojekt basierte sowohl auf theoretischen als auch empirischen Beiträgen. Dipl. Volkswirt Marc Schiffbauer arbeitete in Rahmen seines Dissertationsprojekts an diesem Projekt. Das Projekt wurde im Herbst 2009 beendet.

Forschungsgruppe III: „Europäische Wirtschaftspolitik“

ZEI International Summer School on Monetary Macroeconomics

Vom 28. Juni bis 08. Juli fand die mittlerweile 13. ZEI Summer School on Monetary Macroeconomics: Heterogeneity in Macroeconomics, statt. Die ZEI Summer School on Monetary Macroeconomics ist eine jährliche Veranstaltung mit dem Ziel, junge Ökonomen zu einer Vorlesungsreihe zusammenzubringen, welche die gegenwärtigen Grenzen der Forschung auf ihrem Interessengebiet abdeckt und darüber hinaus eine Gelegenheit für anregende Diskussionen sowie für die Präsentation ihrer eigenen Forschung einer Gruppe internationaler Wissenschaftler gegenüber bietet. Dozenten der Summer School 2009 waren Prof. Per Krusell (Universität Stockholm) und Prof. Eduardo Engel, PhD (Yale University, New Haven).

Internationale Kapitalflüsse und ihre Regulierung

Durch die Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs innerhalb der EU und in vielen Ländern außerhalb Europas haben internationale Kapitalströme in den letzten 20 Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Dabei geht es sowohl innerhalb Europas als auch weltweit häufig um Kapitalströme zwischen Industrieländern und Schwellenländern. ZEI Senior Fellow Haiping Zhang und Prof. Dr. Jürgen von Hagen betrachten in einem gemeinsamen Projekt die volkswirtschaftliche Bedeutung solcher Kapitalströme. Sie stellen dabei besonders die Konsequenzen unterschiedlicher Entwicklungsstufen der Finanzmärkte in den beteiligten Ländern heraus. Arbeiten aus diesem Projekt sind in Open Economies Review und Review of International Economics zur Veröffentlichung angenommen.

In einem empirischen Projekt untersuchen Dr. Birgit Schmitz (Universität Bonn), Prof. Alan Ahearne, PhD (Bruegel, Brüssel), und Prof. Dr. Jürgen von Hagen die empirischen Determinanten von Kapitalströmen innerhalb der EU. Sie zeigen, dass die Einführung des Euro zu einer Vertiefung der finanziellen Integration der Volkswirtschaften geführt hat.

Forschungsgruppe IV: „Europas Rolle in der Welt“

Europäische Außen-, Nachbarschafts-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

1. 2009 fand das Promotionsprojekt von Andreas Marchetti seinen Abschluss in der Veröffentlichung der Dissertation: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Politikformulierung im Beziehungsdreieck Deutschland–Frankreich–Großbritannien, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Baden-Baden: Nomos, Band 70, 2009, 378 Seiten.

Seit 1998 baut die EU ihre Kapazitäten zur Krisenprävention und Krisenbewältigung aus. Ungeachtet der Fortentwicklung der ESVP und der Durchführung ziviler und militärischer Missionen stimmen hierbei die Zielvorstellungen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten kaum überein. Aufgrund der zwischenstaatlichen Anlage der ESVP hinterfragt Andreas Marchetti in seiner soeben erschienen Studie besonders mit Blick auf Deutschland, Frankreich und Großbritannien, wie es überhaupt zur Integration der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den vergangenen zehn Jahren kommen konnte. Dabei stellt er vergleichend die innerstaatlich formulierten Motivationen dar, um aufzuzeigen, wie diese die Modalitäten zur Ausformulierung der ESVP bedingen. Mit Blick auf die Effekte der ESVP stellt die Marchetti die jeweiligen nationalen Rollen der drei untersuchten Länder heraus und überprüft, inwieweit diese mit den verlautbarten Motivationen übereinstimmen. Die Ergebnisse der Untersuchung münden ein in eine Systematisierung von Faktoren zur Ausübung einer nationalen Führungsrolle innerhalb der europäischen Integration, die über die ESVP hinausdeutet.

2. Angesichts der mit dem Vertrag von Lissabon erfolgenden primärrechtlichen Würdigung der in den vergangenen zehn Jahren entwickelten ESVP referierte ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti am 30. April 2009 im Rahmen eines Seminars der Konrad-Adenauer-Stiftung in Eichholz über die Frage, ob die EU mit dem neuen Vertrag den Sprung in die erste Liga der *global player* schaffen könne. Anlässlich einer Tagung zur deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Lyon, die am 12. November 2009 von der Université Jean Monnet in Saint-Etienne, in Kooperation mit der Friedrich Ebert-Stiftung, dem Goethe Institut Lyon und der Université Cergy-Pontoise, ausgerichtet wurde, referierte Dr. Andreas Marchetti ebenso wie im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs der DGAP und des Ifri am 7. November 2009 in Paris.

3. ZEI-Mitarbeiter Dr. Andreas Marchetti führte 2009 seine Arbeiten zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) fort. Er sprach im Rahmen nationaler und internationaler Tagungen und Seminare zu unterschiedlichen Aspekten dieses Politikansatzes sowohl mit Blick auf dessen südliche als auch dessen östliche Dimension; beide Aspekte wurden mit der Union für das Mittelmeer (2008) und der Östlichen Partnerschaft (2009) weiter ausdifferenziert.

4. Assistenz-Professor Mehmet Öcal von der Erciyes Universitesi in Kayseri/Türkei, verbrachte vom 02.07. bis 14.08.2009 einen Forschungsaufenthalt am Zentrum für Europäische Integrationsforschung. In diesem Zeitrahmen arbeitete

er an seinem Forschungsprojekt: „Die Transformation der Bundeswehr im Rahmen der NATO und der ESVP“.

Zusammenfassung des Forschungsvorhabens: Durch das Ende des von einer bipolaren Machtkonstellation geprägten Kalten Krieges hat sich die Sicherheitslage in der Welt stark verändert und die Entstehung neuer Sicherheitsstrukturen gegenüber von neuen globalen Problemfeldern wie Terrorismus, Bürgerkriege oder Flüchtlingsströme war die Folge. Denn die bestehenden Systeme kollektiver Sicherheit wie die UNO, NATO und später die ESVP sind durch diese neuen Phänomene in ein Spannungsverhältnis bzw. unter Veränderungsdruck geraten. Neben diesen Institutionen mussten Staaten wie Deutschland ihre bisherige Außen- und Sicherheitspolitik den globalen sicherheitspolitischen Veränderungen anpassen. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der damit einhergehenden Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und Armeen musste sich die Bundeswehr restrukturieren. Von einer Verteidigungsarmee sollte sie auch Aufgaben im Rahmen der NATO und ESVP im Ausland übernehmen. Bei dieser Untersuchung soll der Frage nachgegangen werden: Wie gestaltet sich der Transformationsprozess der Bundeswehr im europäischen und transatlantischen Kontext. Kann die Bundeswehr den Vorgaben einer veränderten neuen Außen- und Sicherheitspolitik des vereinten Deutschlands Rechnung tragen? Hierbei soll u.a. geprüft werden ob und in wieweit die europäische und US-amerikanische Sicherheitsinteressen seit dem Ende des Kalten Krieges noch harmonieren und welche Konvergenzen und Divergenzen sich herauskristallisieren.

5. In dem ZEI Discussion Paper C193/2009 „[Der Berg-Karabach-Konflikt nach der Unabhängigkeit des Kosovo](#)“ entwickelt der Publizist Dr. Aschot Manutscharjan die These, dass aufgrund der ständigen Bedrohungen aus Aserbaidschan und den kompromisslosen Verhandlungen ein Sezessionsrecht, wie im Fall der Kosovo-Albaner, scheinbar die einzige Option geblieben ist, um die Existenz und die Würde der Armenier in Berg-Karabach zu schützen. Eine türkisch-armenische Annäherung könnte zu einer friedlichen Lösung des Berg-Karabach-Konfliktes beitragen. Die Option, dass Russland Berg-Karabach so anerkennen könnte, wie es bereits die abtrünnigen georgischen Provinzen Abchasien und Süd-Ossetien als unabhängige Staaten anerkannt hat, ist jedoch nicht sehr wahrscheinlich. Eher, so die These von Dr. Manutscharjan, wird Russland den Konflikt um die Enklave gegen Aserbaidschan und Armenien weiter instrumentalisieren, um Bakus Annäherung an die USA und an die NATO zu verhindern und Armenien als militärischen Verbündeten fest an sich zu binden.

6. Im ZEI-Discussion Paper C194/2009 „The Eastern Partnership and Ukraine. New Label–Old Products?“ beschäftigt sich ZEI-Mitarbeiterin Wiebke Drescher mit der „[Östlichen Partnerschaft](#)“. Am 07. Mai 2009 trafen sich in Prag die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten, Repräsentanten verschiedener EU-Institutionen sowie Politiker Belarus', der Republik Moldau, der Ukraine, Armeniens, Aserbaidschans und Georgiens, um gemeinsam das Konzept der „Östlichen Partnerschaft“ zu präsentieren. Dieses neue außenpolitische Instrument der EU, das eine Erweiterung zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) darstellt, war bereits im Vorfeld seiner offiziellen Einführung nicht unumstritten. Wiebke Drescher, wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZEI, versucht in ihrem Discussion Paper, das im Rahmen des Projekts „Europäische Nachbarschaftspolitik“ entstanden ist, der Frage

nachzugehen, ob die „Östliche Partnerschaft“ neue Impulse in den Beziehungen der EU zu ihren Nachbarstaaten im Osten geben kann. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine.

7. In dem Promotionsvorhaben „Der Wandel des europäischen Afrikabildes aus sicherheitspolitischer Perspektive“ von ZEI-Mitarbeiter Matthias Vogl wird untersucht, wie sich vor dem Hintergrund eines sich wandelnden Sicherheitsbegriffs das europäische Bild von Afrika aus sicherheitspolitischer Perspektive geändert hat und welche Faktoren die Zusammensetzung des Afrikabildes beeinflussen. Der Hauptzeitraum der Analyse geht vom Ende des Ost-West-Konfliktes bis zur Verabschiedung der „Gemeinsam Strategie von EU und Afrikanischer Union“ im Jahr 2007. Zuvor werden in einem historischen Kapitel die Grundlagen des europäischen Afrikabildes vom Zeitalter des Imperialismus, über die Dekolonialisierung bis zum Kalten Krieg beleuchtet. Die weiteren Analyseschritte beinhalten die Entwicklung europäischer außen- und sicherheitspolitischer Prozesse und Institutionen nach 1990 als struktureller Rahmen für den Wandel des Afrikabildes sowie insbesondere die Untersuchung von Strategien und anderen Dokumenten, welche eine sich ändernde Perspektive auf Afrika widerspiegeln. Zum Abschluss werden schließlich die Auswirkungen auf die konkrete Politik Europas im Spannungsverhältnis zwischen traditioneller Interessenpolitik, Interdependenz und neuer Partnerschaft und Verantwortung genannt.

8. Die EU muss der Kriegsrhetorik in der Kaukasusregion entgegenwirken, indem sie sich für einen friedlichen Wandel einsetzt. Des Weiteren sollte in der neu geschaffenen Östlichen Partnerschaft weniger mit den Regierungen, sondern vielmehr mit der Zivilgesellschaft gearbeitet und die Medienfreiheit gefördert werden. Diese Handlungsoptionen schlug Dr. Aschot Manutscharjan, freier Publizist und Sicherheitsexperte, in seinem Vortrag im Rahmen des ZEI-Europadialoges am 12. Mai 2009 vor. In seinen Ausführungen mit dem Thema „Krisenherd Kaukasus: Was kann die EU zur Konfliktlösung beitragen?“ spannte Dr. Manutscharjan einen Bogen vom Ende des Kalten Krieges bis heute, erläuterte an diversen Beispielen die unterschiedlichen eingefrorenen bzw. schwelenden Konflikte im Südkaukasus, betonte die Bedeutung der Region (beispielsweise im Bereich der Energieversorgung) und benannte die Standpunkte der drei großen Akteure zu dem Thema (Russland, EU, USA). In der anschließenden, regen Diskussion wurde insbesondere die Frage diskutiert, ob oder inwieweit sich die EU in die Konflikte einmischen solle.

Euro-Mediterraner Dialog

1. Thomas Demmelhuber hat am Institut für Politische Wissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg als Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. promoviert. Begleitend dazu nahm er am Junior-Fellow-Programm des ZEI in Bonn unter der Leitung von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt teil. 2009 gelangte seine Dissertation zur Veröffentlichung: Thomas Demmelhuber, „EU-Mittelmeerpolitik und der Reformprozess in Ägypten. Von der Partnerschaft zur Nachbarschaft“, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Baden-Baden: Nomos Verlag, 2009, Band 69, 343 Seiten. Eine wohlhabende, demokratische und stabile Mittelmeerregion ist sowohl im Interesse der

Europäischen Union (EU) als auch der arabischen Partnerländer im südlichen Mittelmeerraum. In der Schlusserklärung von Barcelona aus dem Jahre 1995 und in den Dokumenten zur Europäischen Nachbarschaftspolitik sind diesbezüglich konkrete Ziele formuliert und Mechanismen der Zusammenarbeit etabliert worden. Bis heute herrscht Konsens darüber, dass es zur Erreichung dieser Interessen einer umfassenden sozioökonomischen Entwicklung und letztlich einer Demokratisierung der Nachbarländer bedarf. Aber reichen die verfügbaren außenpolitischen Instrumente und Strategien aus, um die gemeinsamen Interessen zusammen mit den arabischen Partnerländern zu verfolgen? Vor diesem Hintergrund analysiert eine nun veröffentlichte Studie von Thomas Demmelhuber die EU-Mittelmeerpolitik seit 1995 am Fallbeispiel des ägyptischen Reformprozesses und fragt nach den Ergebnissen der Kooperation.

2. Zwanzig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges reflektierte die Mediterranean Academy of Diplomatic Studies im Rahmen einer internationalen Konferenz („The End of the Cold War and the Mediterranean 1989-2009“) über das Ende des Kalten Krieges, das am 04. Dezember 1989 bei einem Gipfeltreffen von US-Präsident George Bush und Sowjetpräsident Michail Gorbatschow in Malta ausgerufen worden war. Bei der Konferenz am 04. Dezember 2009 ging es zugleich um die Frage nach den Folgerungen, die Europa aus dem Ende des Kalten Krieges gezogen hat. Neben Zeitzeugen wie dem damaligen US-Außenminister James Baker, dem seinerzeitigen Chief of Staff des Weißen Hauses, John Sununu, und dem letzten Außenminister der Sowjetunion, Alexander Besmertnych, waren führende Wissenschaftler aus Europa und dem Nahen Osten eingeladen, darunter ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt. Er sprach über den „Malta turn of Europe“, um die Bedeutung des Wandels „von Yalta nach Malta“ zu erläutern: Europas Fokus weitete sich mit dem Ende des Kalten Krieges von der Orientierung an der inneren Teilung Europas hin zu Europas Ausrichtung auf die Globalisierung und hin zu einer globalen Perspektive. Die Mittelmeer-Beziehungen spielen dabei eine elementare Rolle; darüber hinaus aber ist Europa weltweit neuen Anfragen an Sicherheit und Ordnung ausgesetzt. Das Paper von Prof. Dr. Kühnhardt wird von der Mediterranean Academy of Diplomatic Studies publiziert werden.

Vergleichende Regionale Integrationsforschung

1. Vom 16. bis 28. März 2009 fand in Zusammenarbeit mit der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und der GTZ am ZEI die erste „ECOWAS-ZEI-Academy“ in Comparative Regional Integration statt. Damit setzt das ZEI seine Arbeit zum „Capacity-Buidling und Development“ im Bereich der vergleichenden Regionalbildung fort und beweist die Fähigkeit auch speziell auf einzelne Regionen zugeschnittene Programme anzubieten. Teilnehmer der Akademie waren die Leiter der so genannten „National Units“ aus 12 von insgesamt 15 Mitgliedstaaten der ECOWAS und 5 hochrangige Beamte aus der ECOWAS Kommission, dem ECOWAS Parlament und dem ECOWAS Gerichtshof. Während der Akademie wurden ausgehend von der europäischen Erfahrung die Möglichkeiten zur Ausdehnung regionaler Integration in Westafrika lebhaft diskutiert. In einer offenen und ungebundenen Atmosphäre wurden die Teilnehmer zur konstruktiven Auseinandersetzung animiert. Zusätzlich umfasste die Akademie Besuche bei der Europäischen Zentralbank in Frankfurt und bei verschiedenen EU Institutionen in

Brüssel. Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit, sich mit Experten aus Wissenschaft, Politik und Politikberatung auszutauschen und auch eigenes „Networking“ untereinander zu betreiben. Die Reaktion auf Organisation und Gestaltung der Akademie waren durchgehend positiv. Die Akademie wurde organisiert von den ZEI Mitarbeitern Matthias Vogl und Wiebke Drescher und betreut auch von Ariane Köslers. Ende September 2009 wurde der GTZ der Abschlussbericht der Akademie vorgelegt.

2. Der 2007 erstmals erschienene „Regional Integration Observer“, erschien auch 2009 wieder mit drei Ausgaben. Der RIO ist jeweils auf eine Region oder einen thematischen Schwerpunkt spezialisiert und gibt einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen regionaler Integration. Er hat durch seine internationale Verbreitung bereits weltweite Beachtung gefunden und sein Netzwerk wird ständig erweitert.

Die erste Ausgabe des „Regional Integration Observer“ im März 2009 beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Thema „Forschung und Ausbildung“ im Bereich der vergleichenden regionalen Integration. Die verschiedenen Artikel fragen nach den grundsätzlichen Herausforderungen in diesem Feld und stellen einige Beispiele aus verschiedenen Weltregionen vor, wie das „West Africa Institute“ auf den Kapverden und „CARICOM Park“ in Barbados. Des Weiteren enthält dieser RIO eine Reihe von Kurzkomentaren renommierter Wissenschaftler zu der Frage, warum die Beschäftigung mit Themen europäischer Integration auch außerhalb Europas eine große Bedeutung genießt. Die zweite Ausgabe des „ZEI Regional Integration Observer“ im August 2009 widmet sich der Situation in der Golfregion. Die dortige Regionalorganisation, der Golfkooperationsrat (GCC), besteht seit 1981 und hat sich seitdem zu einem wichtigen Akteur für verschiedenste Politikfelder entwickelt. Die Artikel beleuchten Kosten und Nutzen von regionaler Integration am Golf im Allgemeinen sowie die Perspektiven für eine Währungsunion, das Engagement der EU und die Außenpolitik des GCC. András Inotai, ZEI Senior Fellow und Direktor des Instituts für Weltwirtschaft der ungarischen Akademie der Wissenschaften, untersucht zudem die theoretischen Voraussetzungen für die Etablierung einer „Optimal Currency Area“. Des Weiteren enthält der RIO ein Interview mit dem Direktor für internationale Studien des Gulf Research Center in Dubai. „Regionale Integration und Recht“ lautet das Oberthema der dritten Ausgabe 2009. Dabei wird die Rolle von supranationalem Recht und Gerichtshöfen in verschiedenen Integrationssystemen weltweit beleuchtet. Außerdem wird explizit auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon eingegangen.

Für Koordination und Publikation zeichnen die ZEI-Mitarbeiter Ariane Köslers und Matthias Vogl verantwortlich.

3. Während des internationalen Seminars „Integración Centroamericana y Derecho Comunitario“ vom 16. bis 18. September 2009 in Costa Rica hielt ZEI-Mitarbeiter Matthias Vogl einen Vortrag zum Thema: „Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie im Integrationsprozess“ (El uso de la tecnología de la información y comunicación en el proceso de integración). Ziel war es, die EU-Politikansätze und ihre mögliche Nützlichkeit für andere Regionen zu vermitteln. Das Seminar fand in Zusammenarbeit der Universität Costa Rica, der Universität Nacional, des Obersten Gerichtshofes und der Anwaltskammer statt. Neben der inhaltlichen Komponente des Vortrags intensivierte Herr Vogl die Kontakte zu Universitäten vor Ort und gab Erfahrungen zum Aufbau eines Institutes zur Regionalforschung weiter.

4. Die Dissertation von ZEI Junior Fellow Daniela Vogt zum Thema „Die Integration der Ultra-peripheren Regionen in die Europäische Union“ befasst sich mit Regionen, die räumlich von Europa getrennt und in anderen Erdteilen liegen. Aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einem Mitgliedsland wurden sie anfänglich stillschweigend in die Europäische Union integriert. Mit fortschreitendem Integrationsprozess der europäischen Staatengemeinschaft wurde aus der wenig beachteten Randerscheinung zunehmend ein fester und dennoch besonderer Bestandteil der Union. Die Arbeit zeigt neben den Ursachen, den Verlauf und die Mechanismen dieser Integration auf und erörtert sowohl die jeweiligen nationalstaatlichen als auch die europäischen Interessen.

5. Ariane Kössler, wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZEI, hat sich in ihrer Dissertation „Die Entwicklung der Southern African Development Community (SADC) als Building Block der Panafrikanischen Einheit. Die Herausforderung der doppelten Integration und wichtige Einflussfaktoren“ regionaler Integration im südlichen Afrika gewidmet. Sie zeichnet in ihrer Arbeit die Entwicklung der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (Southern African Development Community, SADC) nach. Die zentrale Fragestellung ist dabei, inwiefern diese Entwicklung mit dem Konzept der Building Blocks aus dem Abujavertrag bzw. der Afrikanischen Union in Einklang steht und inwiefern SADC damit einen Beitrag zur panafrikanischen Einheit leistet. Darüber hinaus hat sie die Einflussfaktoren auf diese Entwicklung analysiert, darunter die Europäische Union als Vorbild und Partner. Der Analysezeitraum reicht von 1992 bis 2008. Die Untersuchung basiert teilweise auf einer qualitativen Datenanalyse von Primärquellen und Interviews. Die Dissertation wurde im Oktober 2009 zur Begutachtung eingereicht. Die Verteidigung erfolgt 2010.

6. Vom 02. bis 04. März 2009 hielt Prof. Dr. Ludger Kühnhardt ein Seminar zur weltweiten Verbreitung regionaler Integration an der Alta Scuola di Economia e Relazioni Internazionali (ASERI) der Katholischen Universität Mailand und ein weiteres Seminar zum gleichen Thema vom 27. bis 30. April 2009 an der Mediterranean Academy of Diplomatic Studies (MEDAC) in Malta ab.

Europa und Asien

1. Tilo Wagner befasst sich seit Herbst 2006 im Rahmen seiner Dissertationsforschung mit europäisch-japanischer Diplomatie nach dem Ende der Epoche des Kalten Krieges. Die Doktorarbeit mit dem Arbeitstitel: „Der strategische Aufbau politischer EU-Japan Beziehungen in drei Dimensionen. Studia Diplomatica 1991-2006: Eine Zwischenbilanz mit Ausblick im historischen Kontext“ erforscht hierbei die ersten fünfzehn Jahre politischer Interaktion zwischen Brüssel und Tokio und unternimmt den Versuch, durch die Herausarbeitung von drei sog. „Dimensionen“ einen systematisch-strategischen Ansatz dieses Prozesses zu belegen. Während sich die erste Dimension seit 1991 rein bilateral mit dem Auf- und Ausbau institutioneller Strukturen (Institutionelle Dimension) befasst, stehen in der sich seit 1996 herauskristalisierenden interregionalen EU-Japan Kooperation (Regionale Dimension) das wechselseitige Krisen- und Aufbauengagement Japans auf dem Westbalkan und der EU bezüglich Nordkoreas und Ost Timors im Rahmen des sog. „Cross Regional Support“ in dieser zweiten untersuchten Dimension im

Vordergrund. Mit der Milleniumswende entstand, vorangetrieben mitunter durch die Terroranschläge in den USA vom September 2001, die dritte Dimension, in der sich die mittlerweile herangewachsenen Sicherheitsakteure Brüssel und Tokio im rein multilateralen Kontext (Globale Dimension) in sechs untersuchten bedeutenden Kooperationsfeldern um globalen Frieden und Stabilität bemühen. Hierbei wurde eng zusammengearbeitet bezüglich der Krisenherde Sri Lanka und Afghanistan, sowie sektoral (vorlaufend) bei der Bewältigung der Asienfinanzkrise 1997/98 sowie der Etablierung des Kernfusionsversuchsreaktors ITER in Caradache, des Kioto-Protokolls zum Schutze des Weltklimas und letztlich des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag. Eingebettet in einen historischen Kontext sowie in einen Ausblick über mögliche Varianten künftig fortgeführtem europäisch-japanisch politischen Wertaustausches geht das Doktoratsvorhaben überdies der Beantwortung folgender Fragestellungen nach: a) Wo lag die „treibende Kraft“ im Aufbau politischer Zusammenarbeit?; b) Sind die politischen Akteure Brüssel und Tokio durch Dialog und Kooperation zum Ende des Untersuchungszeitraums im Jahre 2006 auf der Bühne der Weltpolitik angekommen?; c) Welche Rolle nehmen die USA innerhalb dieses Prozesses ein?; d) Wie stellen sich wechselseitige Wahrnehmungen im gegebenen interkulturellen Spannungsfeld dar?

2. Frau Yoola Kim, Graduate School of International Studies der Seoul National University, Seoul, Korea, arbeitet am ZEI an ihrer Dissertation zum Thema „Development of European security cooperation from 1945 to 2002: a comparative analysis on Northeast Asia“. Sie erforscht hierbei im Einzelnen folgende Bereiche:

- Politische Entwicklungen in der EU (Der ökonomische Einfluss auf die Entwicklung der EU; Der kulturelle Einfluss auf die Entwicklung der EU als Identitätsfalle; Der politische Einfluss auf die Entwicklung der EU).
- Beziehungen der EU zu anderen Ländern (Die Beziehungen der EU zu den USA; Beziehungen der EU zu asiatischen Länder; Die Beziehung der EU zu Süd Korea; Die Beziehung der EU zu China; Die Beziehung der EU zu Japan).
- Die Einbeziehung Asiens; Die Einbeziehung Asiens in die ökonomische Entwicklung; Die Einbeziehung Asiens in die kulturelle Entwicklung; Die Einbeziehung Asiens in die politische Entwicklung).
- Asiens Herausforderungen durch die EU.
- Die gemeinsame Zukunft der EU und Asiens.

Im Berichtszeitraum erschienen diverse Aufsätze von Frau Kim in der koreanischen Internet-Zeitschrift „Prometheus“.

3. Frau Liu Lirong, Ph.D, Associate Professor am Center for European Studies im Institute of International Studies der Universität Fudan, Shanghai, China, verbrachte vom 01.07 bis 30.09.2009 mit Förderung des DAAD einen Forschungsaufenthalt am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI). In dieser Zeit forschte Frau Lirong zum Thema „Engagement in Afrika: Konkurrenz zwischen China und Europa“. Aufgrund einer bereits publizierten empirischen Arbeit über die wirtschaftliche Entwicklung wurde eine Datenbank erstellt und das Wachstumsmodell Afrikas südlich der Sahara von 1960 bis 2000 im Rahmen einer international vergleichenden Studie entwickelt und analysiert. Die empirischen Ergebnisse dieser Studie sprechen dafür, dass die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas südlich der Sahara in den letzten vierzig Jahren von der politischen Instabilität und den klimatischen Faktoren negativ beeinflusst wurde. Die Globalisierung hat im Untersuchungszeitraum keinen signifikanten Schubeffekt auf

das Wachstum der armen Länder in Afrika südlich der Sahara ausgeübt. Die Wachstumsmodelle weichen deutlich von den Wachstumsmodellen der Weltwirtschaft ab, wo Rückständigkeit, Humankapitalausstattung, das Ausmaß der wirtschaftlichen und politischen Freiheit jeweils einen signifikanten Effekt auf das Wirtschaftswachstum in den letzten vierzig Jahren gehabt haben. Verglichen mit diesen Wachstumsdeterminanten spielen die geographischen Faktoren und die politische Instabilität dort nur eine geringere Rolle.

Ziel des europäischen Engagements in Afrika ist es, die europäischen Normen und Werte zu verbreiten, insbesondere in den Bereichen Demokratie und Menschenrechte. Obwohl China noch nicht bereit ist, eine deutlich systematische Strategie für globale Diplomatie zu entwickeln, stellt sein Engagement in Afrika eine Alternative zu den bestehenden westlichen dominierten Machtstrukturen dar. Die Interessenkonflikte zwischen China und EU in Afrika liegen in den unterschiedlichen Wertsystemen. Die chinesische Erfahrung der letzten 30 Jahre zeigt, dass politische Stabilität, Humankapital, wirtschaftliche Freiheit und Investitionen in die Infrastruktur eine wichtigere Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung spielen als die politische Freiheit. Es ist denkbar, dass China und die EU in Zukunft in folgenden Bereichen zusammenarbeiten können: Förderung der politischen Stabilität und der wirtschaftlichen Freiheit, Aufbau und Verbesserung des Humankapitals und Investitionen in die Infrastruktur Afrikas.

Ausbildung

1. Master of European Studies

Die konstante Bewerberzahl und die Internationalität des Programms zeigen, dass der ZEI-Master of European Studies (MES) nach wie vor weit über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus etabliert ist: die insgesamt 28 ZEI-MES-Studierenden des 11. Jahrgangs 2008/09 (Oktober 2008 - September 2009) hatten 14 unterschiedliche Nationalitäten, darunter verschiedene EU-Staaten, Balkan, Israel, USA, Hongkong und Mexiko. Der Anteil der deutschen Studenten lag bei 25%. Alle ZEI-MES-Studierenden verfügten über einen universitären Bildungshintergrund der Fächer Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaft und andere. Auf jeden der 28 Plätze kamen im 11. Jahr 3,5 Bewerber.

Das primäre Karriereziel war auch bei den Studierenden des 11. Jahrgangs ein Einstieg in ein internationales Umfeld: insbesondere bei den Institutionen der Europäischen Union, anderen Internationalen Organisationen, Regierungsorganisationen, Nicht-Regierungsorganisationen und schließlich global agierenden Wirtschaftsunternehmen. Die Studenten haben u.a. Praktikumsplätze bei der Deutschen Welle und der UN in Bonn, im Europäischen Parlament und anderen Institutionen in Brüssel oder sogar Stellen bei der NATO und Beratungsfirmen in Brüssel nach dem Studium am ZEI angenommen.

Der hohe Grad an Internationalität ist eine der zentralen Säulen, auf die sich der ZEI-MES konzeptionell stützt. Neben der weltweiten Herkunft der ZEI-MES-Studierenden spiegelt sich dies auch in der internationalen Zusammensetzung der Fakultät: die 25 Dozentinnen, Dozenten, Trainerinnen und Trainer, die 2008/09 am ZEI unterrichteten, stammten aus 11 Ländern Europas: Deutschland, Belgien, Dänemark, Großbritannien, Irland, Italien, Malta, Niederlande, Polen, Schweden und Ungarn. Die Unterrichtssprache Englisch vermittelt ein internationales Klima und entspricht der realen Arbeitssituation gerade in Internationalen Organisationen. Die vielfältige nationale Zusammensetzung der Studentengruppe erlaubt das Arbeiten in multinationalen Arbeitsgruppen und Teams – eine wichtige Vorbereitung auf den späteren Berufsalltag.

Ebenso zentral ist für das ZEI die praxisnahe und anwendungsbezogene Vermittlung fundierter Fachkenntnisse. Auch im 11. Jahrgang beinhaltete das interdisziplinäre Curriculum des ZEI-Master of European Studies Unterrichtseinheiten zu den politischen, ökonomischen und juristischen Grundlagen, die in 7 Basismodulen 18 Vertiefungsmodulen sowie ergänzenden „Europa-Dialogen“ mit Experten aus der Praxis eingehend vertieft wurden. Insgesamt absolvierten die MES-Studierenden zwischen Oktober 2008 und Mai 2009 384 Stunden an Fachunterricht sowie ergänzende praktische Veranstaltungen und Workshops. Hierzu zählten außerdem vier mehrtägige Exkursionen nach Brüssel, Straßburg/Luxemburg, Frankfurt und Berlin im Umfang von insgesamt 12 Tagen.

Als neue Dozenten konnten Frau Dr. Michaele Schreyer, ehemaliges Mitglied der Europäischen Kommission, Professor Daniel Tarschys, Universität Stockholm und

Generalsekretär des Europarates von 1994-1999, Professor Peter Pagh, Universität Kopenhagen und Dr. Johanna Engström, Europäische Rechtsakademie Trier, gewonnen werden.

Im Oktober 2009 nahm der 12. Jahrgang mit 27 Studierenden aus 19 verschiedenen Ländern sein Studium im ZEI-Master of European Studies auf.

Am 26. Juni 2009 fand am ZEI die Abschlussfeier der beiden Studiengänge Master of European Studies (MES) und des Master of European Regulation of Network Industries (MERNI) mit 180 internationalen Gästen statt. Insgesamt wurden 42 Absolventinnen und Absolventen beider Studiengänge, die aus 22 Ländern kommen, in Anwesenheit des stellvertretenden Hochschulratsvorsitzenden, Dr. Georg Schütte, und des Bonner Bürgermeisters, Peter Finger, für ihre Leistungen geehrt. ZEI Direktoren Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und Prof. Dr. Christian Koenig dankten allen Unterstützern und Freunden des ZEI, vor allem der europaweiten Fakultät und den Sponsoren von Stipendien. Die Auszeichnung des „best lecturers“ von Seiten der Studenten ging für das MES Programm an Richard Crowe vom Europäischen Rechnungshof und an Prof. Dr. Ryszard Rapacki von der Warsaw School of Economics. Die MERNI Studenten zeichneten Swenja Bartkowski von der Bundesnetzagentur als „best lecturer“ aus.

Gastredner und MERNI-Dozent Dr. Bernd-Michael Zinow, stellvertretender Vorstandsvorsitzender von EnBW sprach in seiner Rede über europäische Herausforderungen im Bereich der Netzwirtschaften. Besondere Aufmerksamkeit widmete er der Frage der erneuerbaren Energien, die in den kommenden Jahren eine immer größere Rolle in Europa spielen werden, gleichzeitig jedoch auch neue Anforderungen an die Verbraucher und Netzbetreiber stellen. Zum Schluss äußerte er sich überzeugt, dass die Absolventen beider ZEI-Programme hervorragend für den internationalen Arbeitsmarkt ausgebildet seien.

Daniela Stoycheva, MES-Studentin des Jahrgangs 2008/2009, wurde ausgewählt, ihre von Prof. Van Ham betreute Masterarbeit mit dem Titel „Regional Integration and Social Cohesion: Evaluating EU Development Policy toward Latin America“ auf der Annual MAGES Graduate Students Conference zum Thema „European Dynamics in the Age of Globalization“ des BMW Center for German and European Studies der Georgetown University vorzustellen.

2. Master of European Regulation of Network Industries - MERNI

Im Jahr 2009 erhielt auch der zweite, 14 Studenten aus 7 verschiedenen Nationen umfassende MERNI-Jahrgang den Abschluss „Master of Law“ (LL.M.). Bereits zahlreiche Absolventen fanden eine Anstellung in der Wirtschaft oder bei Behörden, nicht zuletzt auch bei der EU-Kommission.

Seit 2009 startet das MERNI-Studienjahr (statt wie zuvor im September) erst im Oktober, um Probleme bei der Einreise und der Visa-Ausstellung aus der Vorlesungszeit herauszuhalten und den Studenten die Möglichkeit einer ersten Orientierung in der neuen Umgebung zu geben. Zusätzlich wurde auch das Angebot an Workshops und Tutorials erhöht, womit die praktische Anwendbarkeit des

Lernstoffes in allen Disziplinen maximiert werden soll. Im Studienjahr 2009/2010 hat MERNI der Krise getrotzt und beherbergt 13 Studenten aus 8 verschiedenen Nationen.

Das Marketing des Programms wurde weiter ausgebaut. Erneut war neben zahlreichen Onlineaktivitäten vor allem der persönliche Kontakt auf Informationsveranstaltungen von Bedeutung, da sich hierbei die komplexen Aspekte der hochgradigen Spezialisierung besonders gut erläutern lassen. Dennoch soll aus Kostengründen im kommenden Jahr eine Verringerung der Veranstaltungsteilnahmen stattfinden, wobei die beiden erfolgreichsten Messen in Maastricht und Wien, die allein 6 Bewerber für das aktuelle Studienjahr hervorbrachten, wieder auf dem Terminplan stehen werden. Zudem startete der Aufbau eines Alumni-Portals im Internet, der durch einen Informations- und Datei-Austauschdienst auch die Kommunikation mit den Fakultätsmitgliedern erleichtern soll.

3. Lehre

Prof. Dr. Christian Koenig

Im Studienjahr 2009 unterrichtete Professor Dr. Christian Koenig im Rahmen des Masters of European Studies die Veranstaltungen „Introduction to the EC Competition Law“ sowie „Regulation of European Core Markets and Liberalization of State Monopolies“.

Außerdem hielt Prof. Dr. Christian Koenig die im Rahmen des „Master of European Regulation of Network Industries“ angebotene Einführungsvorlesung „Introduction to the EU law“. Er leitete die Module „State Aid and Public Procurement in Network Industries“ und „Regulatory Rationale and Remedies: A Synoptic Overview“. Vorlesungsbegleitend betreute er insgesamt 10 Tutorien, u.A. zu den Grundlagen der Erstellung von Masterarbeiten, den Grundlagen und Methoden der Regulierung von Netzwirtschaften sowie praktischer Auswirkungen der Regulierungsinstrumente anhand konkreter Fälle.

An der Juristischen Fakultät lehrte Professor Dr. Koenig im Wintersemester 2008/2009 „Europäisches Wirtschaftsrecht mit Beihilfenrecht“. Im Sommersemester 2009 veranstaltete er die Übung im Öffentlichen Recht für Fortgeschrittene, im Wintersemester 2009/2010 lehrte er die „Einführung in das Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht“ (einschl. Vergaberecht) und hielt ein Seminar zum Thema „Das Recht der Regulierung in gemeinschaftsrechtlich nicht harmonisierten Bereichen anhand von Fallbeispielen aus den Glücksspielsektoren“.

Prof. Dr. Jürgen von Hagen

Neben seinem Lehrprogramm in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn unterrichtete Prof. Dr. von Hagen im Master of European Studies Studiengang des ZEI (MES) im Studienjahr 2008/2009 den Aufbaukurs

„Macroeconomics of the EMU“ und im Studienjahr 2009/2010 den Grundkurs „Economic Principles of European Integration“.

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Im Rahmen der weiterbildenden Lehre im ZEI Masterprogramm unterrichtete Prof. Dr. Ludger Kühnhardt im Studienjahr 2008/2009 den Aufbaukurs „The Global Proliferation of Regional Integration“ und führte ein regelmäßiges Kolloquium für die Master-Examenskandidaten durch. Im Studienjahr 2009/2010 unterrichtete er den Grundkurs „50 Years of European Integration“ und führte ebenfalls ein regelmäßiges Kolloquium für die Master-Examenskandidaten durch

Im Rahmen der grundständigen Lehre für den Bachelor Studiengang „Politik und Gesellschaft“ führte Prof. Dr. Ludger Kühnhardt mehrere Veranstaltungen durch. Im Wintersemester 2008/2009 hielt er ein Seminar (Die EU und AKP Regionalintegration) und ein Proseminar (Europäische Integration und Integrationstheorie) ab. Im Sommersemester 2009 führte Prof. Kühnhardt ein Proseminar (Die Europäische Union und Afrika) und eine Vorlesung (Die weltweite Ausbreitung regionaler Integrationsprozesse) durch und im Wintersemester 2009/2010 hielt er eine Vorlesung (50 Jahre Europäische Union–Geschichte und Neubegründung) und ein Seminar (Die Europäische Union und Afrika).

Daneben hielt Prof. Dr. Ludger Kühnhardt im Wintersemester 2008/2009, im Sommersemester 2009 und im Wintersemester 2009/2010 regelmäßig ein Kolloquium für Examenskandidaten ab. An diesem Seminar nahmen 2009 sechs Doktoranden und insgesamt sechs Magisterkandidaten teil. Daneben betreute und begutachtete Prof. Dr. Kühnhardt mehrere Bachelor-Arbeiten und stand den Studenten des ZEI und des Instituts für Politische Wissenschaft und Soziologie im Rahmen seiner Sprechstunden zu regelmäßigen wöchentlichen Beratungsgesprächen zur Verfügung.

Dr. Andreas Marchetti

Seit dem Sommersemester 2009 ist ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti Lehrbeauftragter am Institut für Romanistik der Universität Paderborn. Dort bot er im Sommersemester 2009 ein obligatorisches europapolitisches Seminar im Rahmen des dritten Jahres des deutsch-französischen BA-Studiengangs *Etudes européennes* an.

Im Akademischen Jahr 2009/10 nimmt ZEI-Mitarbeiter Dr. Andreas Marchetti einen Lehrauftrag an SciencesPo, Paris, wahr. Im Wintersemester 2009 bot er ein *enseignement d'ouverture* im Rahmen des deutsch-französischen Grundstudiums am Campus Nancy an.

ZEI Strukturen

ZEI Beirat

Der ZEI Beirat ist am 26. Juni 2009 zu seiner jährlichen Sitzung zusammengetreten, an der die Beiratsmitglieder Magnifizenz Prof. Dr. Jürgen Fohrmann, Dekan Prof. Dr. Christian Hillgruber (Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät), Dekan Prof. Dr. Günther Schulz (Philosophische Fakultät), Prof. Dr. Jürgen Donges (Universität zu Köln) und Prof. Dr. Armin Heinen (RWTH Aachen) teilnahmen.

Dekan Schulz, Philosophische Fakultät, wurde auf zwei Jahre zum neuen Vorsitzenden des ZEI-Beirats gewählt

In seinem Bericht zur Arbeit des ZEI stellte der Geschäftsführende Direktor des ZEI, Prof. Kühnhardt, die aktuellen großen, DFG-geförderten Forschungsprojekte des ZEI sowie den Beitrag des ZEI zur Politikberatung, insbesondere am Beispiel des Monitoring der Entwicklung des EU-Türkei-Verhältnisses dar. Er berichtete auch über die stabile Entwicklung des „Master of European Studies“ (MES). Der Studiengang „Master of European Regulation of Network Industries (MERNI) hat sich stabilisiert.

Die Drittmittelquote in der Finanzierung des ZEI kann in diesem Haushaltsjahr voraussichtlich auf 58 % erhöht werden.

Der Geschäftsführende Direktor berichtete über die Vergabe der ZEI-Fellowship 2009/2010 an Herrn Prof. Dr. Tilman Mayer, der ein Konzept für ein Verbund-Forschungsprojekt „Die Gestaltung der Globalität in Europa. Deutungskontroversen, Symbolisierungsprozesse und Sinnstiftungen“ erarbeiten wird. Dabei geht es um die Auswirkungen des Globalisierungsprozesses auf Selbstverständnis und Arbeitsweise der Geistes- und Kulturwissenschaften, ein wissenschaftstheoretisches Thema, das forschungsmäßig noch nicht aufgearbeitet ist.

Um sich über die wissenschaftliche Durchdringung und Begleitung des europäischen Integrationsprozesses hinaus international zu positionieren und mit der in Bonn ansässigen United Nations University zu kooperieren, plant das ZEI die Gründung einer Research School in Comparative Regional Integration. Der Geschäftsführende Direktor des ZEI hat zu dieser Thematik eine breit angelegte Monographie verfasst, die die Kompetenz des ZEI in dieser innovativen Thematik – neben der regelmäßigen Veröffentlichung des „Regional Integration Observer“ (RIO) und der Durchführung von Sommerakademien zur vergleichenden Regionalforschung seit 2007 – unterstützt. Integrierender Bestandteil dieser Research School ist ein weiterbildendes Zertifikationsstudium, das dem Erlernen von Methoden wissenschaftlichen Arbeitens und einer pluridisziplinären Analyse der Gegenstände der vergleichenden Regionalintegration dienen und damit einer Promotion förderlich sein soll.

Der ZEI-Beirat beschloss, das Rektorat der Universität Bonn um eine wohlwollende Prüfung und Genehmigung des vom ZEI entwickelten „weiterbildenden Zertifikatsstudiums“ zu bitten.

Homepage

Die 2009 neu gestaltete Homepage des ZEI www.zei.de enthält Informationen über Einrichtung, Mitarbeiter, Forschungsvorhaben und Veranstaltungen sowie Volltexte und Abstracts von Publikationen. Die Logdateien des Webservers werden regelmäßig gesichert und bilden die Grundlage für Webstatistiken, die mit geeigneten tools erstellt werden (z.B. Webalizer). Mithilfe der Webstatistiken ist es möglich, die Akzeptanz und die Interessen der durchschnittlich 17 000 Seitenbesucher pro Monat zu analysieren. Die Top 100 der aufgerufenen URL's wird monatlich als Tabelle dargestellt. Hierbei hat sich ergeben, dass der Bereich Ausbildung - insbesondere die Seiten der beiden Masterprogramme „Master of European Studies Program“ und „Master of European Regulation of Network Industries“ sowie die Seiten „ZEI Aktuell“ und „Mitarbeiter“ vergleichsweise häufig aufgerufen werden. Die Homepage des ZEI bietet interessierten Besuchern die Möglichkeit vielfältige Publikationen herunterzuladen. Neben den besonders häufig aufgerufenen und heruntergeladenen Discussion Papern erfreute sich 2009 auch die Gesamt-Publikationsliste des ZEI großer Beliebtheit und wurde fast 25000mal heruntergeladen.

Aus der Analyse der "Top Level Domains" (com, net, de, fr, ca, jp) lässt sich bis zu einem gewissen Prozentsatz erkennen, von welchen Ländern aus auf die ZEI Seiten zugegriffen wurde. USA, Brasilien und Australien für den internationalen Bereich sowie Griechenland und Russland für Europa belegen hier die vorderen Plätze. Mehr als die Hälfte der Zugriffe erfolgt jedoch durch unbekannte Domains.

Bibliothek

In der Bibliothek des Hauses stehen dem interessierten Nutzer ca. 28000 wissenschaftliche Bücher zur Verfügung, wovon mehr als 14000 rein dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung zugerechnet werden können. Daneben gibt es mehr als 6000 interessanter Zeitschriften, die für Forschung und Lehre gleichermaßen genutzt werden können.

Die Bibliothek des ZEI ist als offizielles Europäisches Dokumentationszentrum (EDZ) der EU ausgewiesen. Das EDZ umfasst Dokumente, die die Europäische Kommission seit 1986 herausgegeben hat. Es gibt eine Vielzahl von Publikationen der OSZE, des Europarates, des EU-Parlaments, des Europäischen Gerichtshofs und der Europäischen Zentralbank. Alle Bücher und Zeitschriften sind über den Hauptkatalog der Universitätsbibliothek unter www.ulb.uni-bonn.de recherchierbar.

Publikationen des ZEI

Regelmäßige Publikationen vermitteln laufende und abgeschlossene Forschungsarbeiten mit Anspruch auf Praxisrelevanz an ein breit etabliertes Netzwerk in ganz Europa und weit darüber hinaus. Das wissenschaftliche Veröffentlichungsprogramm des ZEI und seiner Mitarbeiter folgt drei zentralen Kriterien:

- Hohe wissenschaftliche Qualität.
- Optimale Vermittlung zwischen Theorie und Praxis.
- Nachhaltige Stärkung von Profil und Reputation des ZEI.

Bei der Verfolgung dieser Ziele tragen das ZEI und seine Mitarbeiter überdies der Tatsache Rechnung, dass in den unterschiedlichen Wissenschaftskulturen, die im ZEI zusammenkommen, unterschiedliche Publikationsphilosophien und -märkte bestehen:

- Im Bereich der Wirtschaftswissenschaften dominieren das Prinzip des internationalen peer review und die Vorrangigkeit der Praxis von Veröffentlichungen in Zeitschriften.
- Im Bereich der Rechtswissenschaften prägen nach wie vor nationale Rechtskulturen die Publikationen zu europarechtlichen Themen, während neben Lehrbüchern hoch spezialisierte Fachthemen Gegenstand eigener Zeitschriften sind – zumeist mit Praxisorientierung und -nachfrage.
- Im Bereich der Politikwissenschaft, wie der Geistes- und Kulturwissenschaften insgesamt, überlagern sich unterschiedliche Publikationskulturen infolge unterschiedlicher normativer Zielsetzungen (hohe Bedeutung von Buchveröffentlichungen; peer review-basierte Zeitschriften für eine jeweils enge academic community; populärwissenschaftliche Zeitschriften mit politikberatender Intention und größerer Breitenwirkung; themenspezifische Fachjournale, sowohl mit nationalem wie mit weltweitem Radius; Publikumszeitungen).

Das ZEI und seine Mitarbeiter publizieren daher seit Beginn des Bestehens des ZEI in den unterschiedlichen Milieus und auf den unterschiedlichen wissenschaftlichen Märkten sowie im Bereich des praxisorientierten wissenschaftlichen Beratungswesens.

Im ZEI selbst sind zwei monographische Schriftenreihen entstanden:

1. Im Nomos Verlag, (Baden-Baden) erscheinen die „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“, herausgegeben von ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt. Von 1998 bis 2010 sind in dieser Reihe 72 Bände erschienen. Der Nomos Verlag bietet in Deutschland das führende Verlagsprogramm zu europawissenschaftlichen Fragen an.
2. In der Schriftenreihe „ZEI Studies in European Economics and Law“, herausgegeben von ZEI Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen, sind von 2000 bis 2004 sieben Bände von Kluwer Academic Publishers (Amsterdam / New York), der 2004 mit dem Springer Akademischen Verlag fusionierte, veröffentlicht worden. Der Springer Akademische Verlag ist weltweit im rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Bereich profiliert.

Es sind ebenfalls zwei eigene Reihen von Arbeitspapieren mit weltweiter Beachtung im ZEI entstanden:

1. „ZEI Discussion Paper“, politik- und geisteswissenschaftlich ausgerichtet, mit 202 Papern von 1998 bis 2010.
2. „ZEI Working Paper“, wirtschaftswissenschaftlich ausgerichtet mit 208 Papern von 1998 bis 2010.

Im Bereich der rechtswissenschaftlichen Befassung mit Netzindustrien, Kommunikation und deren europarechtlicher Regulierung veröffentlicht ZEI Direktor Prof. Dr. Christian Koenig als geschäftsführender Herausgeber die Zeitschriftenreihe „Netzwirtschaften & Recht“ (N&R) im Verlag Recht und Wirtschaft (Frankfurt/Main); die Zeitschrift erscheint mit vier Ausgaben pro Jahr und ist bis 2010 in sieben Jahrgängen erschienen.

Als Mitherausgeber veröffentlichte Prof. Dr. Koenig bis Ende 2005 mit zwölf Ausgaben pro Jahr die Zeitschrift „Kommunikation & Recht“ (K&R), ebenfalls im Verlag Recht und Wirtschaft (Frankfurt/Main).

Das ZEI veröffentlichte bzw. veröffentlicht drei politikbegleitende Informationsdienste mit großem Zuspruch in den jeweils relevanten wissenschaftlichen und politischen Institutionen:

1. „ZEI SOE Monitor“, der die Umbrüche in Südosteuropa nach dem Ende der jugoslawischen Kriege begleitete; zwischen 2001 und 2004 in 14 Ausgaben erschienen.
2. „ZEI EU-Turkey-Monitor“, der den Verhandlungsprozess zwischen der EU und der Türkei begleitet; zwischen 2005 und 2010 wurden 16 Ausgaben publiziert.
3. „ZEI Regional Integration Observer“, der Pionierarbeit im kontinuierlichen Vergleich regionaler Integrationsprozesse weltweit leistet; zwischen 2007 und 2010 sind 10 Ausgaben veröffentlicht worden.

Darüber hinaus publizieren die Wissenschaftler des ZEI Monographien, Beiträge in international verbreiteten, häufig dem peer review-Verfahren folgenden Büchern und Zeitschriften und beteiligen sich am Wissenschaftstransfer in weiter verbreiteten wissenschaftlichen oder praktisch orientierten, dem jeweiligen Publikum angepassten Publikationsorganen.

ZEI-Mitarbeiter haben zahllose Pressegespräche geführt, sowohl als Hintergrundgespräche wie auch als Interviews in Presse, Funk und Fernsehen. In ebenfalls beeindruckender Anzahl haben Wissenschaftler des ZEI öffentliche Vorträge in aller Welt gehalten, Feldforschungen betrieben oder sich zu Forschungsaufenthalten oder Gastprofessuren im In- und Ausland aufgehalten. Diese Aktivitäten können in der vorliegenden Darstellung der Arbeit des ZEI allein wegen ihrer großen Zahl nicht dokumentiert werden.

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Aufsätze

Koenig, Christian / Schreiber, Christina, „Zur EG-Vergaberechtlichen Schwellenwertberechnung im Rahmen der öffentlichen Beschaffung von Waren und Dienstleistungen über Internetplattformen“, in: *Wirtschaft und Wettbewerb (WuW)*, 11/2009, Düsseldorf: Fachverlag der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, 2009: 1118-1127.

Koenig, Christian / Busch, Martin, „Gemeinschaftsrechtliche Anforderungen an eine Umsatzsteuerbefreiung für Postdienstleistungen (§4, Nr.11b, UStG)“, in: *Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (EWS)*, 12/2009, Frankfurt/Main: Verlag Recht und Wirtschaft, 2009: 510.

Koenig, Christian / Paul, Julia, „Ist die Krankenhausfinanzierung ein pathologischer Fall für EG-beihilfenrechtliche Transparenz- oder sogar für Entflechtungsmaßnahmen?“, in: *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (EuZW)*, 23/2009, München: Verlag C.H. Beck, 2009: 844-848.

Koenig, Christian / Ciszewski, Simon, „Die Bedeutung des Urteilstenors und der Urteilsgründe in der Rs. C-42/07 (Liga Portuguesa) für die deutsche Rechtslage im Glücksspielsektor“, *Zeitschrift für Wett- und Glücksspiel (ZfWG)*, 05/2009, Köln: Deutscher Sportverlag GmbH., 2009: 330-332.

Koenig, Christian / Hasenkamp, Christopher, „Die verfahrensrechtlichen Anforderungen an die Vergabe der Frequenzen aus der Digitalen Dividende“, in: *Kommunikation & Recht (K&R)*, 11/2009, Frankfurt/Main: Verlag Recht und Wirtschaft, 2009: 696-701.

Koenig, Christian / Bache, Volker, „Neufassung des § 128 SGB V: Verfassungsrechtliche Bewertung im Hinblick auf die sogenannte ‚unzulässige Zusammenarbeit zwischen Leistungserbringern und Vertragsärzten‘“, in: *Medizinprodukte Journal (MPJ)*, 03/2009, Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, 2009: 176-181.

Koenig, Christian, „Marktmacht-missbrauch durch Monopolversagen - der Urteilsklassiker Höfner und Elser als Bedrohung der letzten öffentlichen Dinosaurier“, *Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (EWS)*, 10/2009, Frankfurt/Main: Verlag Recht und Wirtschaft, 2009: 1.

Koenig, Christian / Fechtner, Sonja, „The European Commission's hidden asymmetric Regulatory Approach in the Field of Broadband Infrastructure Funding“, in: *European State Aid Law Quarterly (EStAL)*, 4/2009, Berlin: Lexxion Verlag, 2009: 463-472.

Koenig, Christian, „Das Urteil Liga Portuguesa - nicht nur deutsche Glücksspieler warten weiter!“, in: *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (EuZW)*, 19/2009, München: Verlag C.H. Beck, 2009: 673.

Koenig, Christian, „Gemeinschaftsrechtliche Kohärenzanforderungen an mitgliedstaatliche Beschränkungsmaßnahmen im Glücksspielbereich“, Zeitschrift für Wett- und Glücksspiel (ZfWG), 04/2009, Köln: Deutscher Sportverlag GmbH., 2009: 239-234

Koenig, Christian, „Herstellung von Wettbewerb als Verwaltungsaufgabe“, Deutsches Verwaltungsblatt (DVBL), 17/2009, Köln: Carl Heymanns Verlag, 2009: 1082-1089.

Koenig, Christian / Trías, Ana, „A New Sound Approach to EC State Aid Control of Airport Infrastructure Funding“, in: European State Aid Law Quaterly (EStAL), 3/2009, Berlin: Lexxion Verlag, 2009: 299-310.

Koenig, Christian / Bache, Volker, „Verfassungsrechtliche Bewertung eines Versandhandelsverbots für verschreibungs-pflichtige Arzneimittel“, in: Pharma Recht (PharmR), 6/2009, München: Verlag C.H. Beck, 2009: 261 ff.

Koenig, Christian, „Staatshaftung für ‚hinreichend qualifizierte‘ Gemeinschaftsrechtsverstöße im nicht oder nur teilharmonisierten Bereich und die Vorlagepflicht nach Art. 234 Abs. 3 EG“, in: Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (EWS), 7/2009, Frankfurt/Main: Verlag Recht und Wirtschaft, 2009: 249 ff.

Koenig, Christian / Fechtner, Sonja / Paul, Julia, „Neuere Tendenzen zu den EG-beihilfenrechtlichen Anforderungen an Grundstücks- und Anlagentransaktionen“, in: Zeitschrift für Beihilfenrecht (BRZ aktuell), 2/2009, Wien: Verlag Österreich GmbH, 2009: 52-57.

Koenig, Christian, „EG-beihilfenrechtskonforme Verkehrswertbestimmung bei Verkäufen landwirtschaftlicher Flächen durch die BVVG“, in: Agrar- und Umweltrecht (Deutsche Gesellschaft für Agrarrecht) 3/2009, Münster: Landwirtschaftsverlag GmbH, 2009: 86 ff.

Koenig, Christian / Lukas Ernst/ Christopher Hasenkamp, „Gemeinschaftsrechtliche Rahmenbedingungen der Vollversteigerung von Emissionszertifikaten im Energiesektor?“, in: Recht der Energiewirtschaft (RdE), 3/2009, Köln: Carl Heymanns Verlag (Wolters Kluwer Deutschland), 2009: 73 ff.

Koenig, Christian / Neumann, Andreas, „Standardisierung - ein Tatbestand des Kartellrechts?“, in: Wirtschaft und Wettbewerb (WuW), 4/2009, Düsseldorf: Fachverlag der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, 2009: 382 ff.

Koenig, Christian / Schreiber, Kristina, „Diskriminierungsfreier Marktzutritt und beschränkungsfreie Marktteilnahme - Zum Einfluss des EG-Rechts auf die Ausgestaltung der Marktteilnahme von Leistungserbringern anderer Mitgliedstaaten am deutschen Sachleistungssystem“, in: Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht (ZESAR), 3/2009, Berlin: Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., 2009: 119-123

Koenig, Christian / Hasenkamp, Christopher, „Urteilsanmerkung ‚Alitalia v. Commission‘“, in: European State Aid Law Quarterly (EStAL), 1/2009, Berlin: Lexxion Verlag, 2009: 73 ff.

Koenig, Christian, „Droht überkompensierenden SPNV-Verträgen die Nichtigkeit?“, in: Zeitschrift für Netzwirtschaft & Recht (N&R), 1/2009, Frankfurt/Main: Verlagsgruppe Deutscher Fachverlag, 2009: 33-36.

Tagungsbandbeiträge

Koenig, Christian, „Rechtsfragen der zukünftigen Ausgestaltung des EU-Emissionshandels unter Berücksichtigung der geplanten Vollversteigerung im Energiesektor“, in: Löwer, Wolfgang (Hrsg.), Vielfalt des Energierechts: Bonner Gespräch zum Energierecht 4, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, 2009: 71 ff.

Abteilung “Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen”

ZEI Discussion Paper

C 191/2009

Meredith Tunick: Promoting Innovation in the European Union- On the Development of Sound Competition and Industrial Policies

C 192/2009 Frank Decker / Jared Sonnicksen: The Direct Election of the Commission President. A Presidential Approach to Democratising the European Union

C 193/2009

Aschot L. Manutscharjan: Der Berg-Karabach-Konflikt nach der Unabhängigkeit des Kosovo

C 194/2009

Wiebke Drescher: The Eastern Partnership and Ukraine. New Label – Old Products?

C 195/2009

Ludger Kühnhardt / Tilman Mayer (Hrsg.): Die Gestaltung der Glöbalität. Neue Anfragen an die Geisteswissenschaften.

C 196/ 2009

Ina Hommers: Die Migrationspolitik der EU. Herausforderung zwischen nationaler Selbstbestimmung und europäischer Konvergenz

ZEI EU-Turkey-Monitor und ZEI Regional Integration Observer

Beide Newsletter werden weltweit an relevante Institutionen versandt und sind ebenfalls im Internet verfügbar.

Kösler, Ariane / Vogl, Matthias (Hrsg.): Regional Integration Observer, Vol.3, No.1, 2009/03

Kösler, Ariane / Vogl, Matthias (Hrsg.): Regional Integration Observer, Vol.3, No.2, 2009/08

Kösler, Ariane / Vogl, Matthias (Hrsg.): Regional Integration Observer, Vol.3, No.3, 2009/12

Marchetti, Andreas / Altıntaş, Volkan (Hrsg.): ZEI EU-Turkey-Monitor, Vol.5, No.1, 2009/05

Marchetti, Andreas / Altıntaş, Volkan (Hrsg.): ZEI EU-Turkey-Monitor, Vol.5, No.2, 2009/08

Marchetti, Andreas / Altıntaş, Volkan (Hrsg.): ZEI EU-Turkey-Monitor, Vol.5, No.3, 2009/12

Monographien und Herausgeberschaft

Demmelhuber, Thomas: EU-Mittelmeerpolitik und der Reformprozess in Ägypten. Von der Partnerschaft zur Nachbarschaft, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 69, Baden-Baden: Nomos Verlag, 2009.

Drescher, Wiebke, The Eastern Partnership and Ukraine. New Label – Old Products?, ZEI Discussion Paper C 194/2009.

Kühnhardt, Ludger Crises in European Integration. Challenges and Responses, 1945-2005 (Hrsg.), New York/Oxford: Berghahn Publishers, 2009.

Kühnhardt, Ludger, The Reunification of Europe. Anti-Totalitarian Courage and Political Renewal (Hrsg.), Brüssel: ERP-ED Fraction of the European Parliament, 2009.

Kühnhardt, Ludger / Mayer, Tilman (Hrsg.), „Die Gestaltung der Globalität. Neue Anfragen an die Geisteswissenschaften, ZEI Discussion Paper C 195/2009.

Marchetti, Andreas: Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Politikformulierung im Beziehungsdreieck Deutschland – Frankreich – Großbritannien, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 70, Baden-Baden: Nomos Verlag, 2009.

Marchetti, Andreas / Demesmay, Claire (Hrsg.), Le traité de Lisbonne en discussion: quels fondements pour l'Europe? , Note de l'Ifri, No.60, Paris: Ifri, 2009.

Aufsätze

Drescher, Wiebke, „Objectifs et competences de l'Union européenne“, in: Marchetti, Andreas / Demesmay, Claire (Hrsg.): *Le Traité de Lisbonne en discussion: quels fondements pour l'Europe?*, les notes de l'ifri, No.60, Paris, 2009: 37-44.

Kühnhardt, Ludger, „Erinnerung als Fundament. Karl Dietrich Bracher – der öffentliche Gelehrte der deutschen Demokratie“, in: Mayer, Tilman / Kronenberg, Volker (Hrsg.), *Streitbar für die Demokratie. „Bonner Perspektiven“ der Politischen Wissenschaft und Zeitgeschichte 1959-2009*, Bonn: Bouvier, 2009, 35 ff.

Kühnhardt, Ludger, „European Integration: Challenge and Response. Crises as Engines of Progress in European Integration History“, als „Wei Ji Shi Ou Zhou Yi Ti Hua De Fa Dong Ji“, in: Cao Deming (Hrsg.), *Wen Hua Shi Jiao Xia De Ou Meng Yan Jiu/The European Union from a Cultural Perspective*, Shanghai: Shanghai Foreign Language Education Press, 2009: 94 ff.

Kühnhardt, Ludger, „Europäische Integrationserfahrungen: Periodisierungen und Begründungswandel“, in: Wolfram Hilz et al. (Hrsg.), *Auf dem Weg zu mehr Demokratie und Bürgernähe. Europas Zukunft nach dem Lissaboner Vertrag*, Sankt Augustin/Bonn: Konrad Adenauer Stiftung, 2009: 65 ff; Nachdruck in: Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.), *Veranstaltungsbeiträge Bildungszentrum Schloss Eichholz*, online unter: www.kas.de/wf/de/33.12301; und Nachdruck in: Frank Decker/Marcus Höreth (Hrsg.), *Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojekts*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2009: 31 ff.

Kühnhardt, Ludger, „A integração política e o Mercado Comum: benefícios e custos. A União Europeia em comparação com o Mercosul“, in: Peter Fischer-Bollin (Hrsg.), *Anuário Brasil-Europa 2008*, Rio De Janeiro: Fundação Konrad Adenauer, 2009: 53-61.

Kühnhardt, Ludger, *Plädoyer für eine erneuerte Europäische Union/O odnowie Unii Europejskiej. Kryzys ratyfikacji jako kryzys kierownictwa UE*, Warschau: Raporty Fundacji Konrada Adenauera, No. 11, 2009.

Kühnhardt, Ludger, *A new academic frontier: The global dissemination of regional integration studies*, in: *ZEI Regional Integration Observer*, Vol.3 / No.1, Bonn: ZEI, 2009: 1-2.

Kühnhardt, Ludger, „Interview: Germany and the EU“, in: *Celebrating Diversity, Diplomatic Academy Student News Review*, Vol.3, Wien, 03.04.2009: 13-14.

Kühnhardt, Ludger, „Europa 2057: Eine noch nicht gehaltene Tischrede“, in: Kurt J. Lauk (Hrsg.), *Europa von innen gesehen: Europa jenseits der Bürger? Die EU nach dem Vertrag von Lissabon*, Stuttgart/Leipzig: Hohenheim Verlag, 2009: 272 ff.; als: „Europa: Die Frage wozu?“, in: Karl Dietrich Bracher/Hans-Adolf Jacobsen et al. (Hrsg.), *Politik, Geschichte und Kultur. Wissenschaft in Verantwortung für die res publica. Festschrift für Manfred Funke zum 70. Geburtstag*, Bonn: Bouvier Verlag, 2009: 150 ff.

Kühnhardt, Ludger (Hrsg.), „A Struggle for the Power of Freedom: Peaceful Revolutions and the Heroes of Anti-Totalitarian Europe“, in: The Reunification of Europe. Anti-Totalitarian Courage and Political Renewal, Brüssel: ERP-ED Fraction of the European Parliament, 2009: 5-12.

Kühnhardt, Ludger, „Europe and the Mediterranean: Reflections on a vexed relationship“, in: Eastern Mediterranean, Ankara: Foreign Policy Institute, Bilkent University, 2009: 233-244.

Kühnhardt, Ludger, „Interview „L'Europa? Va reinventata. E vi spiego perché“, in: Revista TRACCE, 14.07.2009, online unter: <http://www.tracce.it>

Kühnhardt, Ludger, „Interview zum Thema „Deutschlands Europa-Esprit? Blamabel!“, in: EurActiv.de, 20.08.2009, online unter: <http://www.euractiv.de/zukunft-und-reformen/artikel/khnhardt-001972>

Kühnhardt, Ludger, „Viel Blendwerk, wenig Substanz“, in: Rheinischer Merkur/Bonn, Nr. 36, 3.9.2009: 5.

Kühnhardt, Ludger, „The Fall of the Berlin Wall and the European Integration“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), 20 years after the fall of the Berlin Wall, Panorama, 01/2009, Singapore: KAS, 2009: 47-60.

Kühnhardt, Ludger, „Las experiencias de integración en Europa. Periodizaciones y cambio de la fundamentación“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Europa en el contexto internacional, No.3, Santiago de Chile: Fundación Konrad Adenauer, 2009: 5-15.

Kühnhardt, Ludger, „L'intégration européenne: les vertus de la stratégie des petits pas“ (mit Thierry de Montbrial), in: Demesmay, Claire / Marchetti, Andreas (Hrsg.), Le Traité de Lisbonne en discussion: quels fondements pour l'Europe?, Les notes de l'ifri, No.60, Paris: Institut Français des Relations Internationales, 2009: 9 ff.

Kühnhardt, Ludger „Europe: Mission and Destiny“, in: Ideas of Europe. Dialoghi per un nuovo percorso costituente, Milano: Istituto Regionale di Ricerca della Lombardia (IReR), 2009: 2-12 (USB-Stick).

Kühnhardt, Ludger „The Malta turn of Europe“, in: Times of Malta, 16. Dezember 2009: 11; online unter: <http://www.timesofmalta.com/articles/view/20091216/opinion/the-malta-turn-of-europe>.

Marchetti, Andreas, „Three Questions to Olli Rehn, EU Commissioner for Enlargement“, in: ZEI EU-Turkey-Monitor (Hrsg. mit Volkan Altintas), Vol.5, No.2, August 2009: 8.

Marchetti, Andreas, „O futuro do Tratado de Lisboa: O destino do Tratado da Constituição Europeia ameaça o Tratado da Reforma?“, in: Peter-Fischer Bollin

(Hrsg.), Anuário Brasil-Europa, Rio de Janeiro: Fundação Konrad Adenauer, 2009: 97-111.

Marchetti, Andreas, „Eine neue Europäische Union? Zur Ratifikation des Vertrags von Lissabon“, in: Dokumente: Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, 65,4, Bonn: Verlag DOKUMENTE, 2009.

Marchetti, Andreas, „La politique de sécurité et de défense commune“, in: Demesmay, Claire / Marchetti, Andreas (Hrsg.), Le traité de Lisbonne en discussion: quels fondements pour l'Europe?, Note de l'Ifri, No.60, Paris: Ifri, 2009: 119-124.

Marchetti, Andreas, „Herausforderungen für das deutsch-französische 'Tandem'“, in: ZEI (Hrsg.), Partner Frankreich: Positionsbestimmungen zwischen Krise und Aufbruch, Dokumentation, 13. Europakolloquium, Bonn: ZEI 2009: 7-15.

Marchetti, Andreas „Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Entstehung und Entwicklung“, in: Internationales Magazin für Sicherheit, 2,3, Bonn: IMS Verlag, 2009: 24-25.

Marchetti, Andreas, „Krisen als Einiger Europas“ (Interview), General-Anzeiger Bonn, 26.09.2009: 11.

Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“

Artikel in Zeitschriften mit Referee Verfahren

von Hagen, Jürgen / Schuknecht, Ludger / Wolswijk, Guido, „Government Risk Premiums in the Bond Market: EMU and Canada“, in: Working Paper 879, Brüssel: European Central Bank, 2008 and European Journal of Political Economy, Vol. 25, Amsterdam/München: Elsevier Verlag, 2009: 371-384.

von Hagen, Jürgen / Zhou, Jizhong, „Fear of Floating and Fear of Pegging: An Empirical Analysis of De Facto Exchange Rate Regimes in Developing Countries“, in: Open Economics Review, Vol. 20, New York: Springer US, 2009: 239-315.

von Hagen, Jürgen / Dinger, Valeriya, „How small are the banking sectors in central and Eastern European Countries really?“, in: Journal of Financial Regulation and Compliance, Vol. 17:2, Bingley/U.K.: Emerald Group Publishing, 2009: 96-118.

von Hagen, Jürgen, „Falsche Solidarität gefährdet den Euro“, Handelsblatt, 12.04.2009

Bücher und Buchbeiträge

von Hagen, Jürgen. „Through Crisis to EMU: Perspectives for Fiscal and Political Union“, in: Kühnhardt, Ludger (Hrsg.), Crisis in European Integration. Challenges and Responses, 1945-2005, Oxford/New York: Berghahn Books, 2009: 61-78.

von Hagen, Jürgen / Hallerberg, Mark / Strauch, Rolf, „The Design of Fiscal Rules and Forms of Governance in European Union Countries“, in: Ayuso-i-Casals, Joaquim / Deroose, Servaas / Flores, Elena / Moulin, Laurent (Hrsg.), Policy Instruments for Sound Fiscal Policies – Fiscal Rules and Institutions, Houndmills: Palgrave, 2009: 127-148.

von Hagen, Jürgen / Pisani-Ferry, Jean, „To the Commissioner for Economic and Monetary Affairs“, in: Sapir, André (Hrsg.), Memos to the New Commission, Brüssel: Bruegel, 2009: 18-27., online unter: http://www.bruegel.org/uploads/tx_btbbreugel/comm_memos_082009.pdf

Weitere Veröffentlichungen

von Hagen, Jürgen, „Falsche Solidarität gefährdet den Euro“, Handelsblatt, Düsseldorf, 12. April 2009.

Veranstaltungen

Konferenzen und Seminare

16.-27. März 2009

„ECOWAS-ZEI Academy in Comparative Regional Integration“

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn in Zusammenarbeit mit ECOWAS und GTZ

FG „Europas Rolle in der Welt“

01. April 2009

Arbeitssitzung „Die Gestaltung der Globalität aus Sicht der Geisteswissenschaften“

Kooperationsprojekt Universität Bonn/ZEI

Universität Bonn

FG „Europäische Institutionen und politische Identität“

17./18. April 2009

13. Europakolloquium „Partner Frankreich. Positionsbestimmungen zwischen Krise und Aufbruch“

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) mit Unterstützung der Hanns Martin Schleyer Stiftung, Münstertal

FG „Europäische Institutionen und politische Identität“

06. Mai 2009

Roundtable zum Thema „Östliche Partnerschaft“ und neue Chancen für eine stärkere Orientierung der Europastudien in Russland im Kontext der gesamteuropäischen Politikprozesse“ mit Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und leitenden Mitarbeitern des Zentrums für Deutschland- und Europastudien an der Staatlichen Universität von St. Petersburg.

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn

FG „Europäische Institutionen und politische Identität“

11. Mai 2009

Arbeitssitzung „Die Gestaltung der Globalität aus Sicht der Geisteswissenschaften“

Kooperationsprojekt Universität Bonn/ZEI

Universität Bonn

FG „Europäische Institutionen und politische Identität“

14./15. Mai 2009

„Frankreich – Deutschland – Polen: Partnerschaft im Herzen Europas“, den das Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, das Büro für Hochschulkooperation der französischen Botschaft in NRW und Hessen und die Konrad-Adenauer-Stiftung,

Prof. Dr. Wolfram Hilz, Universität Bonn,

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)

FG „Europäische Institutionen und politische Identität“

22. Juni 2009

Arbeitssitzung „Die Gestaltung der Globalität aus Sicht der Geisteswissenschaften“
Kooperationsprojekt Universität Bonn/ZEI
Universität Bonn
FG „Europäische Institutionen und politische Identität“

26. Juni 2009

Abschlussveranstaltung der beiden Masterprogramme MES und MERNI
Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)
FG „Europas Rolle in der Welt“

28. Juni – 08. Juli 2009

13. ZEI International Summer School on Monetary Macroeconomics
Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)
FG „Europäische Wirtschaftspolitik“

29. Juni 2009

Studienkreis Regulierung Europäischer Gesundheitsmärkte
„Die Regulierung des Wettbewerbs auf den Märkten der gesetzlichen
Krankenversicherung mit einem besonderen Blick auf den Arzneimittelmarkt – von
der Herstellung bis zur Distribution“
Bonn/Petersberg
FG „Europäische Mikrostrukturen, Regulierung und Wettbewerbsrecht“

07. Juli 2009

Besuch einer Studierendengruppe unter Leitung von Dr. Thomas Speckmann,
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen und Lehrbeauftragter am Institut für
Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, zwecks der Vermittlung
der Aufgabenbereiche und Tätigkeiten am ZEI zur zukünftigen beruflichen
Orientierung der Studierenden. ZEI-Mitarbeiter Dr. Andreas Marchetti, Tabea
Leibbrand (Koordinatorin MES) und Karlis Svikis (Koordinator MERNI) stellten das
ZEI sowie ihre jeweiligen Tätigkeitsfelder vor.
FG „Europäische Institutionen und politische Identität“

04./05. Oktober 2009

„Die Europäische Union 2020: Entwicklungsperspektiven der Integration“
Workshop im Rahmen des Projektes „Deutschland und Frankreich angesichts der
europäischen Krisen“; Institut français des relations internationales (Ifri) und Zentrum
für europäische Integrationsforschung (ZEI) in Kooperation mit dem Arbeitskreis
Europäische Integration e.V.
FG „Europäische Institutionen und politische Identität“

02. November 2009

Arbeitskolloquium „Die Gestaltung der Globalität aus Sicht
der Geisteswissenschaften“
Prof. Dr. Markus Gabriel „Das Vokabular des Transfiniten“
Kooperationsprojekt Universität Bonn/ZEI
Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)
FG „Europäische Institutionen und politische Identität“

09. November 2009

Arbeitskolloquium „Die Gestaltung der Globalität aus Sicht der Geisteswissenschaften“

Prof. Dr. Stephan Conermann „Geisteswissenschaften nach der Postmoderne. Die Neubestimmung der Grenzen von Fachdisziplinen“

Kooperationsprojekt Universität Bonn/ZEI

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)

FG „Europäische Institutionen und politische Identität“

16. November 2009

Arbeitskolloquium „Die Gestaltung der Globalität aus Sicht der Geisteswissenschaften“

Prof. Dr. Volker Ladenthin „Der universelle Anspruch der Pädagogik und die Globalisierung“

Kooperationsprojekt Universität Bonn/ZEI

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)

FG „Europäische Institutionen und politische Identität“

23. November 2009

Arbeitskolloquium „Die Gestaltung der Globalität aus Sicht der Geisteswissenschaften“

Prof. Dr. Wolfram Kinzig „Religiöse Globalisierung am Beispiel des Christentums“

Kooperationsprojekt Universität Bonn/ZEI

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)

FG „Europäische Institutionen und politische Identität“

30. November 2009

Arbeitskolloquium „Die Gestaltung der Globalität aus Sicht der Geisteswissenschaften“

Prof. Dr. Xuewu Gu „Globale Machtverschiebung: Indikatoren und Implikationen“

Kooperationsprojekt Universität Bonn/ZEI

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)

FG „Europäische Institutionen und politische Identität“

07. Dezember 2009

Arbeitskolloquium „Die Gestaltung der Globalität aus Sicht der Geisteswissenschaften“

Prof. Dr. Günther Schulz „Globalität als Wert und Funktion“

Kooperationsprojekt Universität Bonn/ZEI

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)

FG „Europäische Institutionen und politische Identität“

14. Dezember 2009

Arbeitskolloquium „Die Gestaltung der Globalität aus Sicht der Geisteswissenschaften“

Prof. Dr. Dieter Sturma „Universalität und Partikularität“

Kooperationsprojekt Universität Bonn/ZEI

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)

FG „Europäische Institutionen und politische Identität“

21. Dezember 2009

Arbeitskolloquium „Die Gestaltung der Globalität aus Sicht der Geisteswissenschaften“

Prof. Dr. Ursula von Keitz „Globalität und Dokumentarfilm“

Kooperationsprojekt Universität Bonn/ZEI

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)

FG „Europäische Institutionen und politische Identität“

ZEI-Europadialog

In diesem Rahmen finden am ZEI in regelmäßigem Turnus Vortragsveranstaltungen mit namhaften Wissenschaftlern, Politikern, Diplomaten und Publizisten zu Themenstellungen im Zusammenhang mit den Schwerpunkten der Forschungsgruppen statt.

27. Januar 2009

„Kann die türkische Armee noch Hüterin des Kemalismus sein?“

Brigadegeneral a.D. Eckhard Lise, 2002-05 Deputy Chief of Staff Support, NATO-Korpsstab Istanbul

Gemeinsame Veranstaltung mit der Deutsch-Türkischen Gesellschaft Bonn und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

FG „Europas Rolle in der Welt“

12. Mai 2009

„Krisenherd Kaukasus: Was kann die EU zur Konfliktlösung beitragen?“

Dr. Aschot Manutscharjan, Freier Publizist

FG „Europas Rolle in der Welt“

19. November 2009

„Die deutschen politischen Stiftungen in der Türkei. Aktivitäten und Akzeptanz – eine kritische Bilanz“

Dr. Dr. Arndt Künnecke, Okan-Universität Istanbul

Gemeinsame Veranstaltung mit der Deutsch-Türkischen Gesellschaft Bonn

FG „Europas Rolle in der Welt“

Vorträge und Konferenzteilnahmen

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Prof. Dr. Christian Koenig, LL.M.

14. Februar 2009

Kurzreferat bei Symposium anl. Kanzleieröffnung „National regulierte Gesundheitsmärkte unter der Kuratel des Europäischen Gemeinschaftsrechts?“
Kazemi & Lennartz Rechtsanwälte PartG, Bonn

26. Februar 2009

Vortrag bei dem „Brüssler Kreis“
Stanhope Hotel, Brüssel

5. März, 2009

Vortrag „Wettbewerb im SPNV - Der SPNV auf den Gleisen des EU Beihilfenrechts“
Fulda

15. Mai, 2009

7th EStALI Experts' Forum, Vorsitz der Session III: Material Selectivity after Gibraltar and British Aggregates
Brüssel

19. Mai, 2009

Urteilsverkündung Celesio
EuGH, Luxemburg

15. Juni, 2009

Prager Tagung zum Glückspielrecht, Eröffnungsvortrag „Europarechtliche Kohärenzanforderungen an ein staatliches Glückspielmonopol und die staatliche Glückspielregulierung“
Prag

24. Juni, 2009

EUROFORUM Konferenz Beihilfenrecht 2009, Vorsitz und Vortrag: „Die neuen beihilfenrechtlichen Leitlinien der Gemeinschaft zur Breitbandförderung – ein Paradigmenwechsel in der allgemeinen Infrastrukturförderung?“
Berlin

29. Juni, 2009

ZEI Studienkreis Regulierung Europäischer Gesundheitsmärkte „Die Regulierung des Wettbewerbes auf den Märkten der gesetzlichen Krankenversicherung“
Bonn/Petersberg

19.-21. Juli, 2009

Teilnahme an der 4th Transatlantic Market Place Conference
Dräger Stiftung, Washington, D.C.

9. September, 2009

Gesprächskreis Gesundheit beim BVMed
MedInfom-Lounge, Berlin

16. September, 2009

EuGH Verhandlung „Arzneimittelrechtliche Ausweisung von Orphan Drugs“
Luxemburg

29. September, 2009

Europarechtstage der DHV, Vortrag „Beihilfenrecht und Krankenhausfinanzierung“
Speyer

29. Oktober, 2009

InfoTag BPI, Vortrag „Einführung: EG-wettbewerbsrechtliche Baustellen in der
Arzneimittelversorgung (81, 82 EG Vertrag + EG Vergaberecht)
Berlin

4. November, 2009

otop forum 2009, Vortrag „Zulässigkeit von Kooperationen zwischen
Hilfsmittelherstellern und Leistungserbringern einerseits und Vertragsärzten sowie
Krankenhäusern andererseits auf dem Prüfstand des § 128 SGB V“
Köln

26. November, 2009

Querdenkerfrühstück des Novartis-Hauptstadtbüros, Vortrag „Sicherstellung und
Wettbewerb – Versorgung zwischen Planwirtschaft und Markt“
Berlin

27. November, 2009

ESTALI-Forum, Teilnahme an Session 2: „State Aid in special Sectors: Broadcasting
and Broadband“
The Great Hall, King's College London

4. Dezember, 2009

5. Aachener Workshop „Zukunft der Schmerztherapie“, Dinnerdiskurs „Querdenken
gegen Überregulierung in der Gesundheitsvorsorge“
Bildungszentrum Grüenthal, Aachen

Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“

Wiebke Drescher

10. Oktober 2009

Leitung eines Workshops im Rahmen des internationalen Seminars „What about
Europe united“ der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) zum Thema „Core
Europe.“
Institut für Politische Wissenschaft, Bonn

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

28.01.2009

Teilnahme an der Bischöflichen Arbeitsgruppe „Europa“
Sekretariat der ComECE, Brüssel

20.-24.02.2009

Vorträge zur Rolle Deutschlands in der Europäischen Union
Diplomatische Akademie, Wien

02.-04.03.2009

Vorträge zur weltweiten Verbreitung von Regionalintegration
Katholische Universität (ASERI), Mailand

09.03.2009

Teilnahme am Workshop ZEI/Institut Français des Relations Internationales (Ifri)
ZEI/Institut Français des Relations Internationales (Ifri), Paris

12.03.2009

Teilnahme am Arbeitskreis USA der Atlantik-Brücke
Freshfields Bruckhaus Deringer, Frankfurt/M.

17.-18.04.2009

13. Europakolloquium „Partner Frankreich. Positionsbestimmungen zwischen Krise
und Aufbruch“
Münstertal

27.-30.04.2009

Vorträge zur weltweiten Verbreitung von Regionalintegration
Mediterranean Academy of Diplomatic Studies, Msida/Malta

30.06.2009

Teilnahme an Jahrestagung der Atlantik-Brücke
Atlantik-Brücke, Berlin

29.08.-01.09.2009

Teilnahme an der Delegationsreise des ehemaligen Präsidenten des Europäischen
Parlaments
Larnaca, Zypern

20.09.-05.10.2009

Feldforschungen zur westafrikanischen Regionalintegration in Ghana, Benin, Togo,
Elfenbeinküste, Liberia, Niger, Burkina Faso und Mali

22.09.2009

Außenministerium Togo: Reflexionsdiskussionen zum Thema vergleichende
Integrationsentwicklung
Lomé, Togo

26.09.2009

Vortrag an der National University Liberia zum Thema „Comparing Region-Building“
Monrovia, Liberia

30.09.2009

Teilnahme an einem ECOWAS Parlament Workshop zum Thema „Democracy in
Region-Building“
Bamako, Mali

09.10.2009

Vortrag „Die gegenwärtige Lage in der Europäischen Union“, Seminar der Jungen
Europäischen Föderalisten NRW
Bonn

12.10.2009

Vortrag (Key Note) „The EU after the Elections for the European Parliament:
Prospects for EU Reform and the European Integration“
11th East Asia-Europe Think Tank Dialogue, KAS in Kooperation mit ISDS (Institute
for Strategic and Development Studies)
Konrad Adenauer Stiftung, Cadenabbia, Italien

12.10.2009

Vortrag zum Thema “Global Power Shifts, African Regional integration and Europe”
ASERI, Mailand, Italien

14.10.2009

Vortrag “The Future of freedom – The heroes of 1989”
Conference in the European Parliament in Brussels “Europe 70 Years After The
Molotov-Ribbentrop Pact”
European Parliament, Brüssel, Belgien

20.10.2009

Vortrag zur gegenwärtigen Lage in der EU
Institute for World Economy der Ungarischen Akademie der Wissenschaften
Budapest, Ungarn

20.10.2009

Vortrag zur Zukunft der EU jenseits des Lissabon-Vertrages
Europa-Club
Budapest, Ungarn

04.12.2009

Vortrag „The End of the Iron Curtain: A Central European Perspective.“
Internationale Konferenz Mediterranean Academy of Diplomatic Studies Malta
(MEDAC) anlässlich des Endes des Kalten Krieges
Malta

Dr. Andreas Marchetti

26.01.2009

Vortrag „Europa 2009: die wichtigsten Änderungen des neuen Vertrags“, Seminar „Fakten statt Mythen – Europapolitik“

Konrad-Adenauer-Stiftung, Schloss Eichholz, Wesseling

09.03.2009

Teilnahme und Mitleitung der Konferenz „La France et l'Allemagne face aux crises européennes: Analyse des positions nationales sur l'Europe“

Institut Français des Relations Internationales (Ifri), Paris

17.04.2009

Vortrag „Herausforderungen für das deutsch-französische ‘Tandem’“, 13. Europakolloquium: „Partner Frankreich: Positionsbestimmungen zwischen Krise und Aufbruch“

Münstertal

30.04.2009

Vortrag „Europa 2020: Schafft die EU mit dem Vertrag von Lissabon den Sprung in die erste Liga der global player?“, Seminar „Was bringt uns Europa?“

Konrad-Adenauer-Stiftung, Schloss Eichholz, Wesseling

05.05.2009

Vortrag „Der Vertrag von Lissabon: Chancen für den Landesgesetzgeber“, Europa-Workshop, Landtag Nordrhein-Westfalen/Europäische Kommission–Regionale Vertretung in Bonn, Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

15.05.2009

Vortrag „Deutschland–Polen–Frankreich: Strukturen und Perspektiven ihrer Beziehungen fünf Jahre nach der Osterweiterung“, Internationaler Workshop, „Deutschland–Polen–Frankreich: Partnerschaft im Herzen Europas“

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn

25.05.2009

Interview zu den anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament

Domradio (10:00), Köln – Weltweit

28.05.2009

Vortrag „Europe’s Normative Agenda in the Mediterranean: Putting Ambitions and Rhetoric into Perspective“, Mediterranean Studies Association, Jahreskongress

Università di Cagliari, Cagliari, Italien

15.06.2009

Vortrag „Mit den Waffen der Demokratie: Europas Stabilitätsexport am Beispiel ‘östliche Partnerschaft’“, Seminar „Europas Verteidigung stärken“

Konrad-Adenauer-Stiftung, Schloss Eichholz, Wesseling

18.06.2009

Interview „Der Mittag“ (live, 12:15) zum Europäischen Rat in Brüssel
domradio, Köln

02.09.2009

Vortrag „Deutschland und Frankreich in Europa: Beziehungen auf dem Prüfstand“
Pfarrei Herz-Jesu (Kuratie Maria vom Frieden), Pirmasens

30.09.2009

Vortrag „An ‘ever larger Union’? Past, Current and Future Challenges of Enlargement
- Particular Implications for Turkey“, Seminar „Werkstatt Europa - Die Zukunft
gemeinsam gestalten“
Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter

01.10.2009

Interview, „Die Iren entscheiden über die Zukunft der EU“
Deutsche Welle, Bonn – Fokus Europa

05.10.2009

Organisation und Leitung der Tagung „Die Europäische Union 2020:
Entwicklungsperspektiven der Integration“, Workshop im Rahmen des Projektes
„Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“; Institut français
des relations internationales (Ifri) und Zentrum für europäische Integrationsforschung
(ZEI) in Kooperation mit dem Arbeitskreis Europäische Integration e.V.
Zentrum für europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn

09.10.2009

Vortrag „Die Nachbarschaftspolitik der EU im Spagat: Zielkonflikte europäischer
Politikformulierung im Mittelmeerraum“, 16. DAVO-Kongress (Deutsche
Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient)
Universität Bonn

16./17.10.2009

Teilnahme an der Fachtagung „Eine neue Agenda für die deutsch-französischen
Beziehungen?“ und Mitwirkung in Arbeitsgruppe 3 „Nachbarschaft und Erweiterung
als Dauerzwist?“
Stiftung Genshagen

22./23.10.2009

Teilnahme an der Jahreskonferenz des EU Institute for Security Studies
Paris

07.11.2009

Vortrag „Der Europäische Auswärtige Dienst: Jungbrunnen europäischer
Außenpolitik?“, Deutsch-französischer Zukunftsdialog, Ifri (Paris) und DGAP (Berlin)
Ifri, Paris

09.11.2009

Teilnahme am *Petit déjeuner débat* „L'Allemagne unifiée 20 ans après la chute du mur de Berlin : Bilan et perspectives“, Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa) des Institut français des relations internationales (Ifri) in Zusammenarbeit mit dem Centre d'information et de recherche sur l'Allemagne contemporaine (CIRAC)
Ifri, Paris

12.11.2009

Vortrag „Normalisierung trotz Singularität: *L'Allemagne schizophrène* im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, Workshop „Sortie de la singularité - retour à la normalité“, Université Jean Monnet in Saint-Etienne, in Kooperation mit der Friedrich Ebert-Stiftung, dem Goethe Institut Lyon und der Université Cergy-Pontoise
Leitung einer Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Jérôme Vaillant und Detlef Dzembitzki
Goethe Institut, Lyon

03./04.12.2009

Die Europäische Union und ihre Nachbarschaft: Politikfelder – Kooperationsansätze – Entwicklungspotenzial. □ Eine Zwischenbilanz aus trilateraler Perspektive, Stiftung Genshagen und Stiftung Wissenschaft und Politik
Stiftung Genshagen

07.12.2009

Teilnahme an der Jahreskonferenz des Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa) des Institut français des relations internationales (Ifri) „ Le nouveau paysage politique allemand : la République fédérale après les élections“, in Zusammenarbeit mit der Friedrich Ebert-Stiftung und der Konrad Adenauer-Stiftung
Ifri, Paris

Matthias Vogl

16.-18.09.2009

Vortrag „El uso de la tecnología de la información y comunicación en el proceso de integración“, Internationales Seminar „Integración Céntroamericana y Derecho Comunitario“
Universidad Estatal a Distancia (UNED), San José, Costa Rica

Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“

Prof. Dr. Jürgen von Hagen

02. – 04. 01. 2009

Vortrag „Financial market development and the patterns of international capital flows“, Jahrestagung der Allied Social Sciences Association
New Orleans

26. – 29. 05. 2009

40. Konstanzer Seminar für Geldtheorie und Geldpolitik

Konstanz

22. – 23. 10. 2009

Abschlusskonferenz des DFG Schwerpunktprogramms „Institutionelle Gestaltung
föderaler Systeme“

Heidelberg

Mitarbeiter, Senior Fellows und Junior Fellows

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Leitung: Prof. Dr. Christian Koenig

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Martin Busch	seit 01.08.2009
Dr. Simon Ciszewski	seit 21.08.2006
Lukas Ernst	seit 02.06.2008
Dr. Sonja Fechtner	seit 01.10.2006
Christopher Hasenkamp	seit 02.01.2008
Vera Henrike Oertel	seit 01.10.2008
Julia Paul	seit 02.05.2005
Dr. Kristina Schreiber	seit 18.09.2006
Kristin Spiekermann	01.05.2005-01.06.2009
Karlis Svikis	seit 01.07.2005

Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Barbara Hurter	seit 15.4.2000
----------------	----------------

Studentische/Wissenschaftliche Hilfskräfte

Volker Bache
Athanasios Cocinos
Beate Förtsch
Mara Hellstern
David Huthmacher
Nils H. Kolbe
Katharina Kutter
Ana María Trías López

Senior Fellows

Jasmin Battista, Europäische Kommission DG Wettbewerb, Brüssel
Dr. Andreas Bartosch, Haver & Mailänder, Brüssel
Roland Doll, Deutsche Telekom
Johanna Engström, Europäische Rechtsakademie Trier
Dr. Wilhelm Eschweiler, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bonn
Prof. Dr. jur. habil. Dr. sc. econ. Klaus W. Grewlich, Botschafter a.D., seit Juni 1999
Georg Kristian Kampf, Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Daniela Klahn, HNC Consult, Bonn

Robert Klotz, Hunton & Williams, Brüssel
Dr. Alexander Koch, IRNIK GbR, Bonn
Prof. Dr. Jürgen Kühling, Universität Regensburg
Sascha Loetz, Rechtsanwalt Kanzlei Loetz
Dr. Eva-Maria Müller, Humboldt-Universität, Berlin
Andreas Neumann, IRNIK GbR, Bonn
Harold Nyssens, Europäische Kommission, Brüssel
Prof. Dr. Peter Pagh, Universität Kopenhagen
René Alexander Pfromm, Freshfields, Bruckhaus, Deringer, Köln
Antje Pieper, Chefjustitiarin des WDR a.D., Köln
Dr. Nicolai Ritter, CMS Hasche Sigle, Berlin
Dr. Marion Romes, Deutsche Telekom AG, Bonn
Dr. Margret Schellberg, Freshfields, Bruckhaus, Deringer, Köln
Prof. Dr. Geert Straetmans, Universität Antwerpen
Dr. Christian Theobald, Becker Büttner Held, Berlin
Dr. Thomas Tschentscher, Freshfields Bruckhaus Deringer LLP, Düsseldorf
Dr. Philipp Vorbeck, Norton Rose LLP, Frankfurt
Dr. Benedikt Wemmer, Brehm & v.Moers, Berlin
Dr. Wilhelm Wemmer, Ministerialdirigent a.D., Bonn

Junior Fellows

Jens-Daniel Braun, Thema: „Das deutsche Atomhaftungsrecht auf dem Prüfstand des EU-Beihilfenrechts“
Simon Ciszewski, Thema: „Glücksspielregulierung aus nationaler und gemeinschaftsrechtlicher Sicht“ (Promotion: 01.07.2009)
Lukas Ernst, Thema: „Der Emissionshandel ab 2013 – Staatliche Allokation knapper Güter, Marktversagen und Rechtfertigung regulatorischer Eingriffe“
Sonja Fechtner, Thema: „Der Einfluss des EG-Beihilfenrechts auf die Breitband-Förderung“ (Promotion: 24.11.2009)
Christopher Hasenkamp, Thema: „Staatliche Unternehmensveräußerung auf dem Prüfstand des Europäischen Beihilfen- und Vergaberechts unter besonderer Berücksichtigung von Unternehmensbewertungsmethoden“
Daniela Klahn, Thema: „Die Arzneimittelversorgung zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland – Der Einfluss gemeinschaftsrechtlicher Vorgaben auf den Rechtsrahmen der Leistungserbringung“
Sabrina Krüger: „Das Konzept der benachbarten Märkte aus Art. 14 Abs. 3 Rahmenrichtlinie unter besonderer Berücksichtigung der Kumulation mit dem Konzept gemeinsamer Marktmacht nach Art. 14 Abs. 2 Rahmenrichtlinie“ (Promotion: 28.10.2009)
Christoph Müller, Thema: „Die Begrenzung der zeitlichen Wirkung von Auslegungsentscheidungen des EuGH“ (Promotion: 14.05.2009)
Henrike Oertel, Thema: „Neu und neu entstehende Märkte als Herausforderung an die Ermächtigungsgrundlage im Regulierungsrecht“
Marion Romes, Thema: „Supranationale Intervention in Nationale Regulierungsverfahren“ (Promotion: 24.11.2009)
Kristina Schreiber, Thema: „Das Zusammenspiel der Regulierungsinstrumente in den Netzwirtschaften Telekommunikation, Energie und Eisenbahnen“ (Promotion: 22.06.2009)

Kristin Spiekermann, Thema: „Vermeidung von Quersubventionen durch sektorspezifische Regulierung am Beispiel der deutschen Elektrizitätswirtschaft“
 Karlis Sviki, Thema: „Kritische Beurteilung der EG-rechtlichen Rahmenbedingungen für Konzessionsverträge am Beispiel der Gasverteilungsdienstleistungen“
 Christina Töfflinger, Thema: „Die Teilnahme von Kapitalgesellschaften an der ärztlichen Versorgung im Ambulanten Sektor“
 Philipp Vorbeck, Thema: „Der Steuerzuschuss des Bundes zur pauschalen Abgeltung für die Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen aus EG-beihilfenrechtlicher Perspektive“ (Promotion: 22.01.2009)

Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“

Leitung: Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt hat vom 01. Oktober 2008 bis zum 30. September 2010 die ZEI Geschäftsführung inne.

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Dr. Andreas Marchetti	seit 03.01.2005 (seit 01.03.2008 DFG-Projekt)
Tabea Leibbrand	seit 01.06.2006 (auch Programmkoordinatorin MES)
Ariane Köster	03.07.2006 bis 31.12.2009
Wiebke Drescher	seit 01.04.2008
Matthias Vogl	seit 01.08.2008 (GTZ-ECOWAS Projekt)

Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Ingrid Maldonado	seit 01.01.2000
------------------	-----------------

Studentische/Wissenschaftliche Hilfskräfte

Lisa Lindner	
Ina vom Hofe	
Claudia-Jasmin Bodenstern	
Nora Iven	
Annette Bonse	
Natascha Zaun	DFG-Projekt
Kirsten Wahner	DFG-Projekt
Mareike Dillmann	DFG-Projekt
Gordian Ezazi	GTZ-ECOWAS Projekt
Thomas Adrian	MES
Georg Clemens	MES

Praktikanten

Carolin Boermans
Ina Schenker
Anja Wells
Bahia Albrecht

Gordian Ezazi
Dominik Eisenbeis
Theresa Horst
Yannik Saure

Senior und Junior Fellows der Forschungsgruppe „Europäische Institutionen und politische Identität“

Senior Fellows

Dr. Louis-Marie Clouet, Institut français des relations internationales, Paris
Richard Crowe, Europäischer Rechnungshof, Luxemburg
Prof. Dr. Jürgen Elvert, Universität zu Köln
Dr. Gabor Erdödy, Botschafter a.D., Eötvös-Lorant-Universität, Budapest
Prof. Dr. Petr Fiala, Masaryk Universität Brunn
Prof. Dr. Michael Gehler, Universität Hildesheim
Dr. Klaus- Jörg Heynen, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Berlin (a.D.)
Prof. Dr. Rudolf Hrbek, Eberhard-Karls-Universität Tübingen
Prof. Dr. Karl Magnus Johansson, University College of Southern Stockholm
Prof. Dr. Dobrin Kanev, New Bulgaria University
Dr. Wolfram Kaiser, University of Portsmouth
Dr. Romain Kirt, Conseiller de Gouvernement, Luxemburg
Dr. Atis Lejins, Latvian Institute of International Relations
Uwe Leonardy, Ministerialrat a.D.
Prof. Dr. Tilman Mayer, Universität Bonn
Prof. Dr. Henri Ménudier, Universität Sorbonne III, Paris
Prof. Dr. Edward Moxon-Browne, University of Limerick, Irland
Prof. Neill Nugent, Manchester Metropolitan University
Janusz Reiter, Botschafter a.D., Institut für Internationale Studien, Warschau
Dr. Frank Ronge, Staatskanzlei NRW, Düsseldorf
Prof. Dr. Wolfgang Schmale, Universität Wien
Prof. Dr. Soko Tanaka, Chuo University, Tokyo, Japan
Prof. Dr. Matti Wiberg, University of Turku

Junior Fellows

Janusz Musial, Thema: „Erwerbswanderungen in der erweiterten Europäischen Union am Beispiel der Arbeitsmigration aus Polen“
Nele Wissmann, Institut français des relations internationales, Paris

Senior Fellows und Junior Fellows der Forschungsgruppe „Europas Rolle in der Welt“

Senior Fellows

Prof. Dr. Hüseyin Bagci, Middle East Technical University Ankara
Prof. Dr. Thomas Banchoff, Georgetown University
Dr. Erhard Busek, Institut für den Donauraum und Mitteleuropa, Wien
Prof. Dr. Stephen C. Calleya, Mediterranean Academy of Diplomatic Studies, Malta
Prof. Dr. Bingran Dai, Center of European Studies, Fudan University, Shanghai
Prof. Dr. Stefan Fröhlich, Universität Erlangen-Nürnberg
Prof. Dr. Xuewu Gu, Ruhr-Universität Bochum
Prof. Dr. Peter van Ham, Netherlands Institute of International Relations, Den Haag
Prof. Dr. Arnim Heinen, RWTH Aachen
Dr. Jackson Janes, American Institute for Contemporary German Studies
Dr. Michael Köhler, Europäische Kommission, Brüssel
Ass. Prof. Dr. Liu Lirong, Fudan University, Shanghai, China
Prof. Dr. Carlo Masala, Universität der Bundeswehr, München
Prof. Dr. Woo-Sik Moon, National University, Seoul
Dr. Ghia Nodia, The Caucasian Institute for Peace, Tblissi
Prof. Dr. Lothar Rühl, Sts.a.D., Universität zu Köln
Prof. Dr. Walter Schweidler, Katholische Universität Eichstätt- Ingolstadt
Prof. Dr. Soko Tanaka, Chuo University, Tokyo, Japan
Dr. Álvaro de Vasconcelos, Institute for Security Studies, Paris

Junior Fellows

Yoola Kim, Thema: „Political Process of European Integration and its Potential Effect on North East Asia“
Ariane Köhler, Thema: „Die Entwicklung der Southern African Development Community (SADC) als Building Block der panafrikanischen Einheit – Die Herausforderung der doppelten Integration und wichtige Einflussfaktoren“
Daniela Vogt, Thema: „Integration der ultraperipheren Regionen in die EU“.
Tilo Wagner, Thema: „Japan's Engagement in Mittel- und Osteuropa: Ausdruck strategischer Partnerschaft mit der Europäischen Union“
Matthias Vogl, Thema: „Die Sicherheitsinteressen Europas und der Vereinigten Staaten in Afrika und deren Umsetzung im Vergleich“

Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“

Leitung: Prof. Dr. Jürgen von Hagen

ZEI-Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen wurde vom Hochschulrat der Universität Bonn zum neuen Prorektor für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs gewählt. Mit Beginn des Sommersemesters 2009 trat er sein neues Amt an, das sein großes Engagement beim Aufbau des ZEI im zurückliegenden Jahrzehnt auf der Ebene der gesamten Bonner Universität weiterführen wird. Der international hoch angesehene Ökonom bringt umfassende Erfahrungen und Erfolge in Forschung und Lehre in die neue Aufgabe ein.

Senior Fellows

Klaus Bünger, Staatssekretär a.D.

Dr. Michael Evers, Universität Bonn

Prof. Dr. András Inotai, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest

Prof. Dr. Patrick Minford, Cardiff Business School

Dr. Robin Pope, Universität Bonn

Prof. Dr. Ryszard Rapacki, Warsaw School of Economics

Prof. Dr. Werner Rothengatter, Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Universität Karlsruhe

Dr. Michael Schreyer, Ehemaliges Mitglied der Europäischen Kommission

Prof. Dr. Martinus Seidel, Universität Bonn

Prof. Dr. Daniel Tarschys, Universität Stockholm

Junior Fellows

Christoph Bierbrauer, Thema: „Fiscal Policy in a Monetary Union“

Dirk Foremny, Thema: „Public Finance and European Integration“

Martin Stürmer, Thema: „Einfluss des Wirtschaftswachstums aufstrebender Industrienationen auf die Märkte mineralischer Rohstoffe – Entwicklung von Bewertungsgrundlagen am Beispiel ausgewählter schnell industrialisierender Staaten der Vergangenheit und der BRIC-Staaten“